

Die „Vorzeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags von 1. bis 12. Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. in voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Bezugsband bezieht sich auf Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das gesamte Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Russland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 6-8.

Die achtzehnstellige Kupferlegende über deren Raum kostet 4.- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Gemalten-Anzeigen und Stellen-Berichte 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Berichte in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

FRÖHLE

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der werdende Bürgerblock

Der Bürgerrat ruft zur Einheitsfront auf

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Bürgerblock für die kommenden Stadtverordnetenwahlen im Werden ist. Hinter den Kulissen wird eifrig gearbeitet, und wenn auch das „Berliner Tageblatt“, ein wenig schamhaft, „Unter den Linden“ von den Deutsch-nationalen vorläufig nicht gegrüßt sein will, so hat das auf die Entwicklung der Dinge keinen Einfluss. Neben die Deutsche Volkspartei, die gern die Mitte der bürgerlichen Einheitsfront bilden möchte, ist jetzt eine neue Körperschaft getreten, die nicht weniger reaktionär ist: der Bürgerrat von Groß-Berlin. Er hat dieser Tage an seine Anhänger das folgende Rundschreiben verschickt:

Die Arbeit des Bürgerrats von Groß-Berlin ist Ihnen aus unseren früheren Zuschriften bekannt. Nach wie vor treten wir unter Ausschließung aller parteipolitischen und konfessionellen Beschränkungen für den unbedingten Schutz des Eigentums gegen geschlossene, bolschewistische Eingriffe ein und unterstützen nachdrücklich alle der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit dienenden Institutionen, die technische Notfälle usw. Wir bekämpfen ferner alle die Grundlage der produktiven Wirtschaft umgestaltenden Maßnahmen, jede Sozialisierung und Kommunalisierung von Gewerbebetrieben.

Eine besonders große und für das gesamte Berliner Bürgerertum bedeutungsvolle Aufgabe steht uns für die nächsten Wochen bevor. Nachdem durch Spruch des Obergerichtes die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen für ungültig erklärt worden sind, ist für uns der Augenblick zum tatkräftigen Eingreifen gekommen. Mit allen Mitteln werden wir versuchen, eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien herzustellen, die bürgerlichen Wählermassen aufzurütteln und sie am Wahltag an die Urne zu bringen, damit anstelle des aufgelösten Stadtparlamentes mit seiner rein sozialistischen Mehrheit ein solches tritt, das, anstatt parteipolitischen Zwecken zu dienen, allein das wohlverstandene Interesse der Allgemeinheit im Auge hat.

Zur Durchführung dieser Aufgabe bedürfen wir erheblicher Mittel. Wie gekannt uns daher, an Sie die ergebene Bitte zu richten, uns durch eine größere Beitragsleistung, für deren um-

gehende Ueberweisung wir Ihnen besonders dankbar wären, unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Finanzvorsitzende
J. A. Dr. Landsberg.

Die besitzenden Klassen, die von einer sozialistischen Verwaltung der Reichshauptstadt eine Beeinträchtigung ihrer persönlichen Interessen zu befürchten haben, werden dieser Aufforderung gewiß gern Folge leisten. Denn wenn der Bürgersmann im allgemeinen auch knidrig ist, soweit es sich um Leistungen für allgemeinere Zwecke handelt, versteht er doch sofort, daß in diesem Falle seinem Portemonnaie besondere Gefahren drohen, und da wird er sich gewiß nicht lumpen lassen. Die Arbeiter aber mögen aus dem Rundschreiben des Bürgerrats erkennen, was auf dem Spiele steht. Der Bürgerblock, die Gemeinschaft der besitzenden Klassen, ist kein Phantasiegebilde mehr. Das Proletariat wird also eine geschlossene Front vor sich haben, und nicht vereinzelte Parteigruppen, die jede für sich abgeben werden kann. Aus dieser Tatsache muß die Arbeiterschaft ihre Lehre ziehen und durch die Aufrüttelung aller Kreise, die an einer Umgestaltung des Gemeinwesens in sozialistischem Sinne — und das ist die ganze minderbemittelte Bevölkerung — interessiert sind, dafür sorgen, daß die Hoffnungen der Bourgeoisie nicht in Erfüllung gehen.

Der Bürgerrat fordert seine Angehörigen zur Leistung von Beiträgen für die Stadtverordnetenwahlen auf. Der Wahlkampf wird zweifellos in den heftigsten Formen geführt werden und sehr großer Mittel bedürfen. Daher muß auch die Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllen und dafür sorgen, daß die Agitation nicht etwa aus Mangel an Geldmitteln beeinträchtigt wird. Wir ersuchen deshalb unsere Parteigenossen und Gesinnungsfreunde, freiwillige Beiträge für die Unabhängige Sozialdemokratie möglichst bald an den Kassierer des Bezirksverbandes der U. S. D., Richard Herbst, Berlin C. 2, Breite Str. 89, abzuliefern.

Reichsregierung und Brotpreiserhöhung

Offiziös wird mitgeteilt: An die Reichsregierung ist in letzter Zeit wiederholt der Wunsch herangetreten, sie möge Schritte tun wegen eines Ausgleichs, der durch die Brotpreiserhöhungen eintretenden Lebenshaltungserhöhung. Dies Verlangen ist verfrüht, weil die Angelegenheit zur Zeit unter den Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch selbst erörtert wird. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich mit der Frage befaßt und grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß eine tatsächlich eintretende Verteuerung der Lebenshaltungsfaktoren durch Lohnserhöhungen auszugleichen sei. Sie hat die einzelnen Arbeitsgemeinschaften um Weiterbehandlung der Frage ersucht. Hiernach liegt zur Zeit kein Anlaß zum Eingreifen von Reichswegen vor.

schalter in London, Harve, zur selben Zeit dort eintrifft. Der italienische Ministerpräsident Bonomi und Marquis della Torre werden Sonntag abend in Paris erwartet. Der Oberste Rat wird Montag, 11 Uhr morgens, auf dem Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Briands eröffnet werden.

General De Narini kehrt nach Opatzin zurück

CC. Paris, 5. August.
Wie der „Tempo“ meldet, ist General De Narini Donnerstag nach Opatzin zurückgekehrt und hat sofort das interimistische Präsidium der Hohen J. A. R. übernommen. Am Samstag wird er nach Paris abreisen.

Die voraussichtliche Tagesordnung

London, 5. August.
Auf der Tagesordnung der bevorstehenden Zusammenkunft des Obersten Rates werden nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus voraussichtlich außer der oberschlesischen Frage noch die Fragen der Reichsbesoldungen, der Sanktionen und des nahen Orients stehen. Reuters Bureau fügt hinzu, die Lage im nahen Orient habe infolge der abweisenden Haltung der Regierung von Angora gegenüber den Alliierten sich schmerzlicher gestaltet.

Die Abrüstungskonferenz

CC. Paris, 5. August.
Nunmehr ist das Datum des 11. November von der amerikanischen Regierung endgültig für die Eröffnung der Washingtoner Konferenz festgelegt worden. Die englische Regierung hat Amerika bereits wissen lassen, daß sie sich mit diesem Zeitpunkt einverstanden erkläre, während die japanische Regierung anscheinend noch Bedenken hat. Die französische Regierung wurde noch nicht offiziell von diesem Beschluß des Staatsdepartements verständigt, aber man glaubt in Paris, daß die amerikanische Regierung dieses Datum in der Annahme bestimmte, daß sich alle Alliierten damit einverstanden erklären würden.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Ungarn. Nach der Ratifizierung des Friedens von Trianon verständigte nunmehr England als erste Großmacht die ungarische Regierung, daß es die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wünsche. Die Budapestener englische Mission soll nunmehr in eine Gesandtschaft umgewandelt werden. Zum Gesandten soll der bisherige Kommissar Hodler ernannt werden, der demnächst sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird.

Das oberschlesische „Provisorium“

CC. Paris, 5. August.
Der „Tempo“ schreibt: Da sich die alliierten Sachverständigen über die Teilung Oberschlesiens nicht einigen konnten, verbreitete sich das Gerücht, daß der Oberste Rat das oberschlesische Problem in anderer Weise lösen wolle. Er würde nur einen Teil des Gebietes zwischen Polen und Deutschen aufstellen und den Rest während 15 oder 20 Jahre unter die Verwaltung einer interalliierten Kommission oder einer internationalen Autorität stellen. Dieser Rest würde hauptsächlich das Industriegebiet sein, also der Teil Oberschlesiens, der den Wert dieser Provinz ausmacht.

Der „Tempo“ erklärt, daß diese Lösung nur unter der Bedingung möglich sei, daß Deutschland und Polen sie von vornherein annehmen. Denn der Vertrag von Versailles sehe eine Dreiteilung Oberschlesiens nicht vor, ebensowenig die Schaffung einer interalliierten oder internationalen Autorität. Man müsse demnach zwischen den Alliierten, Deutschland und Polen ein Abkommen treffen, um den Friedensvertrag in dieser Hinsicht abzuändern. Aber die Regierungen von Berlin und Warschau seien einem solchen Uebereinkommen abgeneigt und wünschen eine sofortige Lösung des oberschlesischen Problems. Dies liege auch im Interesse Frankreichs und sei auch der Wunsch Englands und Italiens. Da der Friedensvertrag die Festsetzung einer Grenze fordere, müsse diese auch gezogen werden.

Ausflug zur Sitzung des Obersten Rates

CC. Paris, 5. August.
Lord George, Lord Curzon und die anderen Mitglieder der englischen Abordnung werden am Sonntag abend um 6.10 Uhr in Paris eintreffen. Es ist möglich, daß der amerikanische Bot-

Wehrpflicht auf Umwegen

Ein Gesetzentwurf über körperliche Übungspflicht

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen „Gesetzentwurf“, den der Reichsausschuh für Leibesübungen bearbeitet hat und der nichts Geringeres bezweckt, als an Stelle der abgeschafften allgemeinen Wehrpflicht eine allgemeine „körperliche Übungspflicht“ einzuführen. Die ersten Paragraphen dieses Entwurfes lauten nach der „Voss. Zig.“ folgendermaßen:

§ 1. Jeder deutsche Reichsangehörige ist in der Zeit von der Vollendung des schulpflichtigen Alters bis zur Volljährigkeit zu körperlichen Übungen verpflichtet.

§ 2. Die Erfüllung dieser Pflicht erfolgt in den öffentlichen Unterrichtsanstalten, in denen die körperliche Übung in den Lehrplan aufgenommen ist, auf der Grundlage des Lehrplanes.

§ 3. Die Erfüllung der Pflicht kann erfolgen in Turn- und Sportvereinen, die von der oberen Verwaltungsbehörde als dem öffentlichen Volkswohl dienend anerkannt sind, oder durch Teilnahme an regelmäßigen Übungen und Wettbewerben, welche vom Reich, den Ländern, Kommunalverbänden, Gemeinden und öffentlichen Anstalten (z. B. Hochschulen aller Art) eingerichtet sind.

§ 5. Bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres eines deutschen Reichsangehörigen erfolgt die Ausstellung von Prüfungszeugnissen und Befähigungsnachweisen sowie die Erteilung von Berufsgenehmigungen aller Art (Approbationen, Konzessionen usw.) seitens des Staates (Reich und Länder), der Gemeinden oder öffentlichen Anstalten nur gegen Vorlage eines Zeugnisses über die Erfüllung der körperlichen Übungspflicht.

Das würde also bedeuten, daß zukünftig jedermann (vielleicht sogar auch jede Frau?) zwangsweise nach Verlassen der Schule in eine Turnanstalt oder in einen Sportverein gesteckt wird, um dort an Stelle der „erzieherischen Wohltaten“ des preußischen Drills die des neudeutschen Sportbetriebes zu erfahren. Es bedeutet ferner, daß man sich in Zukunft nur dann eines Prüfungszeugnisses, Befähigungsnachweises oder einer — Konzession erfreuen kann, wenn man eine Befähigung darüber beibringt, daß man seiner „körperlichen Übungspflicht“ genügt hat. Wer Universitätsprofessor, Schornsteinfegermeister oder Zahntechniker werden will, soll in Zukunft zunächst einmal ein Zeugnis darüber beibringen, daß er im Hundertmeterlauf, Kugelstoßen und Weitsprung die „Mindestleistungen“ erfüllt hat. Wer dazu kein Talent besitzt, hat zu warten, bis er fünfundsiebzig Jahre alt ist und die Sportfere auf Grund ihrer „Reforde“ ihm die besten Gelegenheiten weggeschnappt haben.

Nach dem Entwurf kann der „Übungspflicht“ genügt werden in Turn- und Sportvereinen, die von der oberen Verwaltungsbehörde als dem öffentlichen Volkswohl dienend anerkannt sind. Man darf vielleicht fragen, was sich die Herren Verfasser unter dieser Umschreibung gedacht haben? Riktrauisch, wie wir nun einmal sind, sehen wir in diesem Paragraphen einen Versuch, unter dem Vorwand sportlicher Interessen in politischem Wasser zu fischen. Welche Vereine als „dem öffentlichen Volkswohl dienend“ anzuerkennen sind, hängt von der „oberen Verwaltungsbehörde“ ab. Damit meint der „Reichsausschuh“ wahrscheinlich sich selbst. Es könnte nun sein, daß die Auffassungen über das, was dem Volkswohl dient, sehr weit auseinandergehen. Vielleicht hat man daran gedacht, daß die Ausfahrten auf eine Rechtsregierung sich in näherer oder fernerer Zeit doch einmal verwirklichen könnten. Dann würde man in dem vorgeschlagenen Gesetz ein ausgezeichnetes Mittel haben, um nicht nur die Arbeiterpartei zu zwingen, in die „amtlich zugelassenen“ Ausbildungsstätten zu kommen und dort ihrer „Übungspflicht“ zu genügen. Daß sich dort sehr schnell Zustände entwickeln würden ähnlich denen, die auf den Kasernenhöfen geherrscht haben, steht außer allem Zweifel. Die „nationale Erziehung“ mittels Kniebeuge und des durch den Turnstab markierten Gewehrstreckens würde dort frühliche Auserhebung feiern.

Aber selbst wenn Bedenken dieser Art nicht in so außerordentlich hohem Maße bei uns beständen, würden wir den Gedanken einer „körperlichen Übungspflicht“ mit allem Nachdruck bekämpfen. Wir werden bei unsern Lesern nicht im Verdacht der Sportfeindschaft stehen. Zu oft haben wir betont, wie notwendig gerade für den Arbeiter eine harmonische Ausbildung seines Körpers durch gesunden Sport ist. Wir haben nichts dagegen, daß man von seiten der Regierung im Rahmen des Möglichen alles tut, was geeignet ist, die Ausübung des Sportes zu erleichtern. Aber wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß es im Belieben eines jeden einzelnen stehen muß, ob, wo und in welchem Maße er Sport treiben will. Wir glauben, von allem anderen abgesehen, daß man dem Sport selbst einen schlechten Dienst damit erweist, wenn man ihm den Charakter der Freiwilligkeit nimmt und ihn zu einem „Dienst“ macht. Es muß genügen, wenn die Propaganda der Sportverbände in steigendem Maße den einzelnen Sportarten neue Anhänger wirbt und wir wünschen insbesondere der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ein recht starkes Anwachsen. Aber so wenig wir uns dazu verstehen

würden, „von Parteiwegen“ die Zugehörigkeit zu dieser Bewegung als unerlässlich zu fordern, so wenig können wir dem Reiche das Recht zugebillen, zwangsweise jeden Deutschen bis zur Volljährigkeit als Sport-Recrut zu einer „körperlichen Übungspflicht“ einzuziehen.

Wenn nun gar der Gesehentwurf davon spricht, daß von der Erfüllung der Übungspflicht Vorteile und Berechtigungen aller Art abhängig gemacht werden sollen, von denen man bisher zu Recht annahm, daß sie auf Grund geistiger Leistungen erteilt werden sollen, so zeigt das, in welcher bedenklichen Grade die heillose Ueberschätzung der Leibesübungen bei uns gediehen ist. Es muß einmal offen gesagt werden: Im Deutschland der Nachkriegszeit herrscht der Sportfimmel, die Rekordwut. Ein Blick in die Zeitungen, die dreimal soviel Papier für ihre Sportnachrichten, als z. B. für Schul- und Erziehungsfragen hergeben, zeigt uns, in welcher ungesundem Maße das Interesse an sportlichen Dingen im Vordergrund des Denkens vieler Menschen (leider auch vieler Arbeiter) steht. Es ist wahrlich nicht nötig, von Reichswegen diese Sportgier, die mit vernünftiger Körperkultur nichts mehr zu tun hat, noch mehr anzulassen. Es wäre ein Verhängnis, wenn diese Ueber-Sportler künftig etwa darüber mitzureden hätten, ob jemand sein Doktorexamen, seine Lotomotivführerprüfung machen darf oder berechtigt sein soll, sich als Dozent zu habilitieren. Es ist nur nett, daß die guten Leuten nicht verlangen, daß die Sportprüfungen auch von denen abgelegt werden müssen, die vor dem Vorhandensein des Gesetzes sich geflüchtet haben, auf geistigem Gebiete etwas zu leisten. Wie würde es wohl Einste in gehen, wenn er sich und sein Genie der Prüfung durch die Stoppuhr auslegen müßte?

Die Arbeiter haben allen Grund, sich von der Sportmode, die jetzt umgeht, fernzuhalten. Es ist ein Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie nach der Katastrophe des Krieges sich in den Sporttaumel stürzt. Die Eier nach der Sensation der Ring- und Boxkämpfe ist doch nichts anderes, als die Befriedigung der im Kriege aufgeweckten rohen Triebe auf etwas friedlichere Weise. Das Bild, das die Hunderttausende zeigt, die dem Kampfe Dampfen-Carpentier zugesandt haben, zeigt eine Schandseite unserer Kultur. In verkümmertem Maße kann man es auch in Deutschland überall zu sehen bekommen. Die Arbeiterschaft tut gut daran, sich darauf zu besinnen, daß es hohe Zeit ist, den Kriegsverlust an geistigen Kräften, an Wissen und Können, wieder auszugleichen. Die Sportseuche ist aber eines der größten Hindernisse auf dem Wege geistiger Fortbildung.

Endlich aber: Wir denken nicht daran, auf Umwegen einen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht in die Gesetzgebung einschmuggeln zu lassen! Dieser Versuch wird jetzt bereits zum zweiten Male gemacht. Zuerst versuchte man es mit der Einführung des Arbeitsdienstjahres. Dieses ist durch den Widerspruch der Arbeiterschaft in der Versenkung verschwunden, ehe es sich noch zu einem „Gesehentwurf“ verdichtet hatte. Die „körperliche Übungspflicht“ wird nicht viel weiter kommen. Die Arbeiterschaft läßt es nicht zu, daß in irgendeiner Form ein Zwang eingeführt wird, der auch nur die allerentfernteste Ähnlichkeit mit der Dienstpflicht hat.

Selbstverständlich wird der Reichsausschuß und werden die ihm nahestehenden Kreise entrüstet bestreiten, daß sie, und sei es auch nur im geringsten, an eine Wiederbelebung der Wehrpflicht in anderer Form gedacht haben. Aber wir müßten uns sehr täuschen, wenn nicht der Gesehentwurf seinen Ursprung dem Leiter der Hochschule für Leibesübungen, dem ehemaligen Leutnant Diez, verdankt. Bieleicht stellt er die „wissenschaftliche Leistung“ dar, für die jüngst die Berliner Universität diesen Herrn zu ihrem Ehren doktor (gleich Hindenburg, Ludendorff usw.) ernannt hat. Es müßte denn sein, daß man in Zukunft nur durch sportliche Leistungen auch Doktor werden kann. Aber wie dem auch immer sei: die „körperliche Übungspflicht“ wird von der deutschen Arbeiterschaft abgelehnt! Sie weiß von selbst, wie weit und zu welchem Zwecke sie der körperlichen Übung bedarf. Und sie weiß zu gut, wie sehr man sich auf der andern Seite nach einem Ersatz für die Wehrpflicht sehnt, um nicht mit größter Wachsamkeit alle Versuche dazu im Reime zu ertönnen.

Ein Sieg der Kaiserlich Grünen

Der Leiter des preussischen Polizeiwesens im Ministerium des Innern, Herr Dr. Abegg, war seit langem die Zielscheibe reaktionärer Angriffe. Die Hege ging von den kaiserlichen Offizieren der Schutzpolizei aus, die sich seit einiger Zeit wieder sehr stark fühlt und deren Bestreben es ist, aus der Sicherheitspolizei eine Reichswehr Nr. 2 zu machen. Seit Dominicus am Ruder ist, weht für diese Herrschaften ein günstiger Wind im preussischen Innenministerium. Sie haben es durchgesetzt, daß die politische Betätigung der unteren Beamten stark beeinträchtigt wurde. Eine ganz besondere Wut haben die kaiserlichen Offiziere in grüner Uniform auf die Organisationen der unteren Beamenschaft. Vor einigen Tagen hat z. B. der Kommandeur des Polizeibezirks Wedding eigenmächtig einen Erlaß herausgegeben, der es den Schutzbeamten der Sicherheitspolizei verbietet, sich mit einer Beamtenorganisation der früheren blauen Polizei zu verschmelzen. Dieser Erlaß stellte einen glatten Bruch der Verfassung dar, denn den Beamten kann niemand vorschreiben, welcher Berufsorganisation sie sich anschließen wollen.

Gegen Herrn Dr. Abegg wurde nun vor allem deshalb gehetzt, weil er als Hochmann der früheren blauen Polizei in das Ministerium übernommen und hier die Organisation der Schutzpolizei in den Händen hatte. Es ist allbekannt, daß die Grünen auf die Blauen nicht gut zu sprechen sind. Die kaiserlichen Grünen haben auf die Blauen deshalb eine besondere Wut, weil sie am 9. November nicht geschossen haben und weil die frühere blaue Polizei nach dem Novemberumsturz anständiger Kanieren an den Tag legte. In der Polizei soll aber nach dem Willen der kaiserlich Grünen der Geist von Potsdam, d. h. der Kasernenhofen, der Obrigkeitshäufel maßgebend sein. Sie können diesen Geist, besser gesagt: Ungeist nur dann entprechend in Taten ansetzen, wenn an der Spitze des neuorganisierten Polizeiwesens ein Mann vom alten Stamme steht. Dr. Abegg, mit dessen Maßnahmen wir uns keineswegs immer befreunden könnten, gilt nun bei den kaiserlich Grünen als ein Mann des „neuen Regimes“. Er muß deshalb fort. Fast kein Tag vergeht, ohne daß die Reichspressen einen Angriff gegen ihn richtet. Erst letztthin haben sich zehn maßgebende Verbände der preussischen Polizeibeamtenschaft gezwungen, in einer Protestresolution gegen diese reaktionäre Wählerarbeit Stellung zu nehmen und sich für Herrn Dr. Abegg zu erklären.

Jetzt verläutet auf einmal, Dr. Abegg, der sich auf Urlaub befindet, sei von seinem Posten entfernt und an seine Stelle sei der Oberst Friedrichs gesetzt worden, der nunmehr aus noch dem Minister des Innern, Herrn Dominicus, direkt unterstehe. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt zu dieser Meldung

an zuständiger Stelle, daß Dr. Abegg zwar auf seinem Posten bleibe, daß aber eine Unterabteilung für Schutzpolizei gebildet worden sei, an deren Spitze Herr Oberst Friedrichs stehe. Wenn die Nachricht des „Berliner Tageblatts“ zutrifft, so bedeutet das einen glatten Sieg der kaiserlich Grünen. Abegg wird im preussischen Ministerium fürderhin nur noch eine Kruppe sein. Wenn er ein Mann von aufrichter Gesinnung ist, wird es bald zu Reibungen zwischen ihm und dem neuen Mann kommen, mit dem Endresultat, daß Abegg gehen und Friedrichs bleiben wird, denn die kaiserlichen Offiziere sind zäh wie die Ketten, ob sie nun grün oder grau gefärbt sind. Was die Grünen wollten, haben sie bloßer durchgesetzt, die Grünen werden sich als nicht weniger zäh erweisen. Der Erfolg ihrer planmäßigen Arbeit ist ihnen um so sicherer, seit ein Oberbürgermeister und Referatschauptmann Minister des Innern geworden ist.

So liegen gegenwärtig die Verhältnisse innerhalb der Schutzpolizei. Den Beamten aber, die sich nicht als Objekte der Kasernenhasslaunen ihrer Führer betrachten, ist zu raten, ihre verfassungsmäßigen Rechte mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen und gegen alle Vorstöße des kaiserlichen Offizierkorps Stellung zu nehmen. Die Beamten stehen im Dienste der Republik; wenn sie fest zusammenhalten, wird sich bald herausstellen müssen, daß den kaiserlichen nicht viel frohe Tage bevorstehen. In ihrem gerechten Kampf um ihre verfassungsmäßigen Rechte, in ihrem Kampf gegen die kaiserliche Allgewalt der Offiziere, wird ihnen die Unterstützung der sozialistischen Arbeiterschaft sicher sein.

Die Besprechung des Ministers Dominicus

Wir hatten in der Besprechung der Meldung über eine Unterredung, die Minister Dominicus in Breslau mit den Vertretern aller Parteien gehabt hatte, anderer Meinung Ausdruck gegeben, daß an dieser Besprechung Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht teilgenommen haben. Demgegenüber wird offiziös mitgeteilt, daß Vertreter der U. S. P. D. bei dieser Besprechung anwesend waren und einer ihrer Vertreter sogar als erster sich an der Diskussion beteiligt habe. Es könne auch festgestellt werden, daß die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie am Schluß mit sämtlichen anderen Parteien in dem Wunsch übereinstimmen, in den kommenden nächsten Wochen hinsichtlich der oberschlesischen Frage eine politische Einheitsfront darzustellen.

Da außer dem offiziellen Bericht nichts über den Inhalt der Besprechung mitgeteilt worden ist, so können wir vorläufig nicht feststellen, inwieweit dieses Dementi den Tatsachen entspricht. Sollten die bei der Besprechung anwesenden Vertreter der U. S. P. D., über unseren genugsam bekannten Standpunkt in der oberschlesischen Frage hinausgehend, sich für die Schaffung einer politischen Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien ausgesprochen haben, so hätten sie sich damit in Widerspruch mit den allgemeinen politischen Richtlinien unserer Partei gesetzt und den Anspruch eingebüßt, im Namen der U. S. P. D. sprechen zu dürfen.

Der Heinesche Schießertag

Ein Kammergerichtsrat verneint die Rechtsgültigkeit

In dem „Preussischen Verwaltungsblatt“ lehnt sich der in Posen geschäftliche Geheime Justizrat Dr. Dellus, Kammergerichtsrat in Berlin, mit dem Heineschen Schießertag, der bekanntlich die unzulässigen „Erschießungen auf der Flucht“ zur Folge gehabt hat, vom rein juristischen Standpunkt auseinander. Der Herr Kammergerichtsrat beginnt zaghaft mit „Zweifeln gegen seine Rechtsgültigkeit“, nach und nach geht aber der nicht rechts- und linkssehende Jurist mit ihm durch, und er weist mit einem großen Aufwand sozialrechtlicher Ausführungen, auf die wir hier im einzelnen nicht eingehen können, nach, daß nur das gesamte preussische Staatsministerium, nicht ein einzelner Ressortminister, berechtigt gewesen sei, die Bestimmungen über den Waffengebrauch der Polizeibeamten so zu verschärfen, wie das ein „Sozialdemokrat“ getan hat. Also besteht kein Zweifel, sondern Sicherheit darüber, daß der Erlaß nicht nur barbarisch, sondern auch rechtswidrig ist.

So sehr wir es anerkennen, daß ein Richter den Mut hat, dem gegenwärtigen reaktionären Regiment ein Bein zu stellen (seine Karriere wird er damit nicht fördern), ebenso entschieden müssen wir der Schlussfolgerung von Dellus widersprechen, die darin gipfelt, daß sich die „lächerliche Nachholung dieses Altes“ (nämlich Sanktion des Erlasses durch die preussische Regierung) empfehle. Menschlichkeit und Vernunft gebieten das genaue Gegenteil. Wenn die wilhelminische Regierung, unter der, wenn wir uns recht erinnern, die Polizeibeamten doch auch mit Verbrechern zu tun hatten, jenen doch nicht die Entscheidung über Leben und Tod in die Hand legte, so wäre es ein Skandal ohnegleichen, wenn das Ministerium des Freistaates diese Barbarei sanktionierte. Eine praktische Notwendigkeit für den Schießertag besteht heute so wenig wie früher. Geschulte Polizeibeamte — und das nur solche zum Außendienst ausgestattet werden, können wir doch wohl verlangen — verstehen es, dem Entweichen eines Festgenommenen mit einfachen Mitteln vorzubeugen. Bequemer ist es natürlich, hinterherzudösen und sich auf seinen guten Schießprügel zu verlassen, wenn nicht gar ein beamteter Kothling durch abhätliches Juristbleiben das Weglaufen eines unverständigen armen Teufels erst veranlaßt. Begründet hat Heine seinen Erlaß mit „den zeitigen besonderen Schwierigkeiten des polizeilichen Sicherheitsdienstes“. Das ist schon richtig, in diesem Zusammenhang aber sinnlos. Die Polizei hätte den Nachweis erbracht, daß die Reizung Verhafteter, das Weite zu suchen, eine „zeitige“, früher unbekanntes Erscheinung sei.

Die Lügenunion

Die sinnloseste Telegraphenunion gibt sich erdenkliche Mühe, den Wünschen ihres Auftraggebers gerecht zu werden. Sie hat in der letzten Zeit wiederholt ausgesprochene Lügennachrichten verbreitet, deren Tendenz klar ersichtlich war. Wir erinnern z. B. an die angeblichen Verhaftungen, die in Breslau im Zusammenhang mit einem bevorstehenden Kommunistenputsch erfolgt sein sollten. Selbst die reaktionäre preussische Regierung sah sich gezwungen, diese Nachricht als freie Erfindung zu kennzeichnen. Der Generallieutenant in Danzig war für die Telegraphenunion ein erneuter Anlaß. Unwahrheiten zu verbreiten und die kämpfende Arbeiterschaft herabzusetzen. Noch bevor sich der Generallieutenant richtig ausgewirkt hatte, behauptete die Telegraphenunion schon, er sei „tätlich“ zusammengebracht. In Wirklichkeit haben sich gegen 50000 Arbeiter an dem Streik beteiligt.

Die reaktionären Provolationen der Danziger Regierung wurden von der Telegraphenunion selbstverständlich verschwiegen. Gestern berichtete sie nun, es habe sich in Danzig um gar keinen

Generallieutenant, sondern um einen mißlungenen Kommunistenputsch gehandelt. Eine grobangelegte Aktion sei geplant gewesen um die Gewalt im Freistaat Danzig in die Hand zu bekommen. Ein Befehl über die Verteilung der Staatsgewalt unter die einzelnen kommunistischen Führer habe bereits vorgelegen. Das „Berliner Tageblatt“, das ein demokratisches Organ sein will, und die Tendenz der Lügenunion (lies: Lügenunion) genau kennt, ist einsichtig genug, diese unwahre Nachricht in ausführlicher Form wiederzugeben. Dem „Tageblatt“ müßte doch bekannt sein, daß es sich bei dem Generallieutenant um keinen Kommunistenputsch, sondern um eine Protestaktion der Arbeiter gegen die ungeheure Steuererhöhung ihrer Lebenshaltung, gegen die reaktionäre Steuererhöhung und gegen den politischen Rechtssturz handelte.

Der Streik wurde von allen drei Arbeiterorganisationen gemeinsam proklamiert, sämtliche freien Gewerkschaften schlossen sich dem Aufstand an. Es ist deshalb ein starkes Stück journalistischer Unanständigkeit, wenn ein solcher Streik nachträglich in einen Kommunistenputsch umgefälscht wird, und wenn ein demokratisches Organ sich dazu hergibt, die Nachrichten eines Telegraphenbureaus zu verbreiten, das sich in den Dienst der politischen Lüge gestellt hat.

Aus Horthy-Bayern

Auch Bayern hat seine Internierungslager. Dort werden die „verdächtigen Ausländer“, zu denen auch Deutsche gehören, die außerhalb Bayerns wohnen, untergebracht, sofern sie die polizeilichen Vorvorschriften nicht beachten haben. Die Zustände in diesen Lagern sind so, daß man an die mittelalterlichen Folterkammern erinnert wird. Den Internierten wird ein Tierstall als Nahrung verabreicht. Auf Krankheiten wird keine Rücksicht genommen. Die Aufsichtsbeamten sind wahre Folterknechte, sie drohen bei jeder Gelegenheit, von der Waffe Gebrauch zu machen. Ueber diese Zustände sind in letzter Zeit wiederholt Berichte in unserer Pressen erschienen. Auch demokratische Zeitungen haben davon Kenntnis genommen. Jetzt kommt nun die Münchener Polizeidirektion mit einer langen Veröffentlichung und verneint die Feststellungen abzuschwächen. Es wird behauptet, daß die Ausländerlager nicht mehr Lager für „harmlose Internierte“ seien, sondern daß dort auch Schwerverbrecher, darunter Einbrecher und mit Zuchthaus verurteilte Betrüger, untergebracht werden. Wenn das tatsächlich zutrifft, dann ist das erst recht ein Beweis für die haarsträubenden Zustände im Reichsbayern. Nur eine verrottete Regierung kann mit Schwerverbrechern Leute zusammenpacken, die sich eines bloßen Vergehens schuldig gemacht haben. Wenn in Bayern schon Internierungslager notwendig sind, so müßten darin in erster Linie die monarchistischen Verschwörer untergebracht werden, die eine ständige Gefahr für die deutsche Republik bilden. Kahr, Roth und Boshner, die Allgewaltigen in Bayern, gehören in diese Internierungslager allerdings nicht. Sie müßten erst einmal in Untersuchungshaft gesperrt werden, der sich dann ein Prozeß anschließen hätte wegen der hochverräterischen Vergehen, deren sich dieses edle Trio schuldig gemacht hat.

Der „Miesbacher Anzeiger“ vor Gericht

Vor dem Münchener Volksgericht spielte sich am Donnerstag ein Prozeß gegen den „Miesbacher Anzeiger“ ab. Das Blatt hatte einen „Der Miesbacher“ überschriebenen Artikel gebracht, in dem es hieß, es wäre ein gutes Werk, wenn man den nächstbesten Miesbacher Wäschehändler, der herausfahre, um den Mieschpreis durch Heberangebot neuerdings in die Höhe zu treiben, von seinem Auto herunterstöße. In diesen Ausführungen des Ansehers sah der Staatsanwalt ein Vergehen und er erhob gegen den Chefredakteur des „Miesbacher Anzeigers“, Klahns, eine Anklage wegen Aufforderung zum Mord. Er erklärte, daß von einer Aufforderung zum Mord gar keine Rede sein könne. Der beanstandete Satz sei lediglich eine Floskel, eine Redensart und ebenjowenig buchstäblich zu nehmen, als die zu einer lebenden Redensart gewordene und vielfach gehörte Äußerung: „Die Wucherer und Schieber sollte man aufhängen oder an die Wand stellen.“ Gerade die linksseitige Presse habe sich in blutigen Phrasen nie genug tun können, aber von einer Bestrafung eines Redakteurs habe man nie etwas gehört. Der Staatsanwalt beantragte dennoch 8 Tage Gefängnis unter Jubilation einer Bewährungsfrist. Der Gerichtsherr verurteilte aber ein freisprechendes Urteil, da der Angeklagte zum Mord nicht aufgefordert habe, weil er keine bestimmte Person genannt und eine bestimmte Person auch nicht gemeint habe.

Nach dem einfachen Rechtsempfinden ist die Aufforderung, jemanden vom Auto herunterzuschleifen, natürlich Aufforderung zum Mord, und zwar ganz offen. Der „Miesbacher Anzeiger“ hat aber jedenfalls beim Münchener Volksgericht, mit dem er mancherlei Bosenverwandtschaft hat, Kredit genug, um einer Verurteilung zu entgehen. Das Auffälligste an der Angelegenheit ist aber nicht der Freispruch, sondern die Tatsache, daß der „Miesbacher Anzeiger“ in einer für ihn verhältnismäßig harmlosen Sache auf die Anklagebank zitiert wurde. Unseren Lesern sind die heftigen, von den gemeinsten Beschimpfungen strotzenden Angriffe des „Miesbacher Anzeigers“ gegen die Reichsregierung bekannt, sowie die offene Mordhetze gegen linksradikale und pazifistische Politiker und Schriftsteller. Es ist darob nie Anklage gegen das Miesbacher Käfblatt ergangen. Es ist also gerichtsnotorisch festgestellt, daß in Reichsbayern ein Mischehändler im Genuß des staatlichen Schutzes den höchsten Spitzen des Staates voranzieht. Das könnte unter bestimmten Umständen sogar urdemokratisch amuten. In Bayern bedeutet es, daß die Landfreuden, und das sind alle anderen Deutschen und mit ihnen die Reichsregierung, ruhig beschimpft werden dürfen.

Aufgeklärter Altknraub

W. I. B. teilt mit: Den umfassenden Ermittlungen der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidenten ist es gelungen, den bei Oberst v. Frenenberg am 23. Juli d. J. verübten Altknraub aufzuklären. Das gestohlene Altknmaterial, das wahrscheinlich ins Ausland geschafft ist, konnte allerdings nicht aufgefunden werden. Doch sind sechs Personen festgenommen, die als Täter oder Anstifter in Betracht kommen und z. T. auch gefänglich sind. Alle Festgenommenen sind Kommunisten oder stehen im Dienste und Solde der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen werden jetzt die Vorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben und die Festgenommenen dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Der Heimkrieger. Das „Leipziger Tageblatt“ hat in einer Polemik gegen die alldeutschen Kriegseliten behauptet, daß ihr Mut sich während des Krieges sehr oft nur am Schreibtisch bewährte. Ein Rebellant der „Täglichen Rundschau“ habe sich z. B. schon 1914 darum bemüht, Sanitätsführer zu werden. Weil diese Position nicht mit Lebensgefahr verbunden war. Der Gefrorene meldet sich jetzt. In der „Täglichen Rundschau“ hat Herr Erich Schwärzer fest, daß er sich nicht um eine ledere höhere Frontstellung bemühen hat. Das „Leipziger Tageblatt“, das seine Behauptung nicht aus der Luft gegriffen hat, wird nun genauere Angaben machen, und die Richtigkeit seiner Behauptungen beweiskräftig erhärten müssen. Warten also ab.

Das Existenzminimum im Juli 1921

Von Dr. A. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juli 1921 infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher als in den sechs Vormonaten und reichlich ebenso hoch wie im Juli 1920. Billiger als im Juli 1920 waren vor allem Hülsenfrüchte und Fett, teurer vor allem Nahrungsmittel, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 11 mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 13 mal soviel, Milch und Butter 15 mal soviel, Zucker 17 mal soviel, Kartoffeln 18 mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Juli 1914 bis Juli 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwösfache.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 21,70 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 2,58 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5900 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 18 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 - 5900 = 5300 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M., für eine Frau auf 45 M., für einen Mann auf 58 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juli 1914 für ein Kind 1,73 M., für eine Frau 3,43 M., für einen Mann 4,29 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichtsstellung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 17,60 M. (1,15 M.), Beleuchtung 7,50 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 M. (2,50 M.), Frau 18 M. (1,65 M.), Kind 9 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	58	102	151
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	25	25	25
Bekleidung	27	45	63
Sonstiges	35	55	75
Juli 1921	156	237	324*
Juni 1921	152	231	311
Mai 1921	140	209	285
Juli 1920	154	230	324
August 1913/14	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juli 1921 für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 54 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 6100 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 900 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Juni 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 156 M., d. h. auf das 9,3fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 237 M., d. h. auf das 10,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 324 M., d. h. auf das 11,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt höchstens 10 Pf. wert.

* Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vgl. mein Buch: "Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.

Steuern und Zölle

Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Der Reparations-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag, 5. August 1921, mit den ihm vom Reichsfinanzministerium zur Beratung zugegangenen Gesetzentwürfen über Erhöhung der Kohlensteuer und der Einfuhrzölle.

Der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Kohlensteuergesetzes sieht eine Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent vor mit der Einschränkung, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt ist, diesen Steuerfuß mit Zustimmung des Reichshofrats und des Reichsrats auf 25 Prozent zu ermäßigen.

Der Vertreter der Regierung betonte, daß der Entwurf in Anbetracht der Bestimmung des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1921 nur ein Provisorium darstelle, so daß die vermehrten Einnahmen nur vorübergehend stehend gemacht werden könnten. Im Hinblick auf den ungeheuren Finanzbedarf des Reiches sowie auf die neuerliche Preissteigerung für hochwertige Kohlen könne aber an einer Erhöhung der Kohlensteuer nicht vorübergegangen werden. Die endgültige Regelung der Kohlensteuerung, besonders die Regelung der Frage der Sonderbehandlung des Hausbrandes werde später erfolgen. Für besondere Bezirke sei eine Herabsetzung des Steuerfußes beabsichtigt.

Der Ausschuß erlachte die Notwendigkeit an, der Reichsfinanzverwaltung gegen ein "Provisorium". Die grundsätzlichen Fragen der Kohlensteuerung müßten unbedingt ihre Erledigung finden. Der Entwurf wurde einem Unterausschuß zur Spezialberatung überwiesen.

Sobald wurde in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung von Zöllen einatreten. Der Entwurf beabsichtigt eine Zollerhöhung für gewisse Waren wie Bananen, Kaffee, Kakao, Tee, Seifen, wahlweise Wasser, Gewürzwaren aus Seide usw., für Kaffee z. B. von 130 Mark auf 200 Mark pro Doppelzentner. Der Vertreter der Regierung betonte, daß einmal der Reichsverband der deutschen Industrie bei der Ausarbeitung des Entwurfs mitgewirkt habe, zum andern, daß eine Erhöhung der Tariswerteineinfuhr unbedingt erfolgen müsse.

Der Ausschuß teilte den grundsätzlichen Standpunkt der Regierung, hielt aber eine weitere Materialabklärung für unumgänglich nötig und überwies die weitere Behandlung des Entwurfs der nächsten Sitzung. Künftig soll eine besondere Arbeitskommission gebildet werden.

Soweit es sich um die Erhöhung von indirekten Steuern und Zöllen handelt, läßt es die Regierung also an Eile nicht fehlen. Selbst wenn für den Hausbrand ermäßigte Preise festgelegt werden sollten, so muß die Erhöhung der Kohlensteuer, die ja den Zweck hat, den Preis der deutschen Kohle auf den Weltmarktpreis zu heben, eine neue Verteuerung der Produktionskosten und in ihrer weiteren Auswirkung eine Verteuerung aller Waren zur Folge haben. Bis hier hat man aber nichts darüber gehört, wie die Regierung ihre Versprechen einlösen will, daß auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten entsprechend der zu erwartenden neuen Verteuerungserhöhung werden sollen. Für die ganze Art der Behandlung dieser Steuerfragen ist bezeichnend, daß man wohl die Vertreter der Unternehmer bei der Frage der Erhöhung von Zöllen zu Rate gezogen, die Vertreter der Arbeiterschaft dagegen ganz übergegangen hat. Es ist deshalb auch zu erwarten, daß durch diese Zollerhöhung unter dem Vorzeichen, die Einfuhr von Luxuswaren zu erschweren, eine neue Benachteiligung der Interessen der minderbemittelten Verbraucher eintritt. Die hier genannten Waren sind keineswegs sämtlich als Luxusartikel anzusehen; bei einer Reihe von ihnen, wie besonders Kaffee, Kakao und Seife, ist durch die erschwerte Einfuhr der deutschen Kapitalisten die Möglichkeit gegeben worden, die Inlandspreise für diese Waren nach ihrem Belieben zu steigern. Ungeheure Liebesgaben wurden ihnen auf diese Weise in den Schoß geworfen.

Die Neuregelung der Pressegespräche

Im Reichspostministerium fand am Freitag eine Besprechung über die Neuregelung des Vorrangs der Pressegespräche statt. Es wurde vereinbart, daß die bisherigen Bestimmungen, wonach die dringenden Pressegespräche allgemein den Vorrang vor den übrigen dringenden Gesprächen genießen, auch über den 1. Oktober hinaus einstweilen aufrecht erhalten werden sollen. Eine Kommission, der außer den Presseorganisationsvertreter des Reichspostministeriums und der Presseabteilung des auswärtigen Amtes angehört werden, soll mit Beistandprüfung und Vorschläge darüber abgeben, wie den Bedürfnissen der Presse unter gebührender Rücksichtnahme auf den übrigen Verkehr Rechnung getragen werden kann. Die der Presse bisher eingeräumten Kontingente für dringende Pressegespräche bleiben einstellweise bestehen; neue oder erweiterte Kontingente sollen bis zur Beendigung der Kommissionsarbeiten nicht bewilligt werden.

Amerikanische Hilfsstätigkeit für Deutschland

Die Charity Bazar Association von Milwaukee hat im Mai dieses Jahres einen außerordentlich erfolgreichen Bazar für die kriegsbedingten Deutschlands veranstaltet, mit einem Netto-Ertrag von 140 000 Dollar. Der Gegenwert dieser Summe wurde nun in großen Mengen von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln dem Deutschen Roten Kreuz überwiesen. Das Deutsche Rote Kreuz hat innerhalb seiner eigenen Einrichtungen und im Einverständnis mit dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe an 572 von den etwa 1000 in Deutschland bestehenden Kommunalverbänden und an 526 Heime die bisher eingetroffenen Sendungen verteilt. Zur Verteilung gelangten 1119 Sack Mehl, 998 Kisten Milch, 672 Sack Milchpulver, 606 Sack Zucker, 600 Sack Getreide, 350 Sack Lebertran, 325 Sack Kakao, 250 Sack Kaffee, 100 Sack Honig und 186 Kisten Kleider, Wäsche und allgemeine Liebesgaben.

Mißbrauch der Solidarität

Vorsicht bei der Zeichnung von Sammellisten!

Die Angelegenheit mit der Berliner Unterhaltungs-Kommission hat auf neue gezeitigt, wie vorsichtig die Arbeiterschaft zu Werke gehen muß, wenn sie mit den kommunistischen Parteien der verschiedenen Färbungen eine gemeinschaftliche Aktion unternehmen will. In diesem Falle sind von den Arbeitern aller Richtungen Gelder gesammelt worden, die lediglich dem Zweck dienen sollten, den im revolutionären Kampf und von der bürgerlichen Justiz verfolgten ohne Unterschied der Partei Hilfe zu bringen. Wie die Sache von der strafrechtlichen Seite zu betrachten ist, interessiert uns wenig; fest steht lediglich, daß die kommunistischen "Trennhänder" nicht nur die proletarischen Geldgeber schamlos hintertreiben, sondern überhaupt gegen Treu und Glauben gehandelt haben, als sie die Sammlung bis auf einen kleinen Rest heimlich beiseite brachten, um sie für ihre besonderen Zwecke zu sichern.

Die Verteidiger der treulosen "Trennhänder" behaupten jetzt, daß an die "Rote Hilfe" nichts abgeführt worden sei, sondern, daß man die von der Bank abgehobenen Gelder für Unterhaltungen verausgabt habe. Man versteht gut, weshalb die "Trennhänder" von der "Roten Hilfe" abrückten, denn dieses Unternehmen verdient in keiner Weise das Vertrauen der Arbeiterschaft. Die "Rote Hilfe" ist eine Frucht des diesjährigen Märzputsches. Gewiß sollte alles geschehen, um das Los der unglücklichen Opfer der kommunistischen Osterputsche zu lindern. Zum allergrößten Teile sind sie auf die dummen Parolen jener Leute hingeworfen, die sich selbst schamlos in Sicherheit gebracht hatten, als die Gefahr drängte, oder die sich, wie besonders der Fall Brandler zeigt, wohlweislich hüten, die Konsequenzen ihrer Handlungsweise auf sich zu nehmen.

Wie sieht es nun mit der "Roten Hilfe"? Angeblich soll es sich um kein parteipolitisches Unternehmen handeln. In Wirklichkeit ist es gemeinschaftlich von der K. P. D. und der K. A. P. D. ins Leben gerufen worden. Es dauerte aber nicht lange, und die "sympathisierenden" Brüder waren einander in die Haare geraten. Die Blätter beider Parteien belegen sich wegen der "Roten Hilfe" gegenseitig mit wüsten Schmähungen. Die eine Seite wirft der anderen Parteilichkeit und Verschwendung der Gelder vor, umgekehrt wieder wird behauptet, daß die Sammlungen vielfach der persönlichen Bereicherung dienen. Den vorläufigen Höhepunkt dieses brüderlichen Streits hat eine Bekanntmachung der "Roten Hilfe" erklommen, worin angezeigt wird, daß von der K. A. P. D. mit Ausnahme des Bezirks Spandau-Osthavelland noch keine Sammellisten zurückgekommen seien. "Auf wiederholte Mahnungen unsererseits", so hören wir, "erhalten wir keine Nachricht oder nur nichtssagende Antworten". Das Zentralkomitee der "Roten Hilfe" sei deshalb gezwungen, tausende Listen, deren Nummern angeführt werden, für ungültig zu erklären. Sollten obige Listen der Arbeiterschaft noch zur Zeichnung vorgelegt werden, so ersuchen wir, sie zurückzugeben, da es uns nicht möglich ist, eine Kontrolle darüber auszuüben."

Aus all dem geht hervor, daß die kommunistischen Wortführer nicht nur den Vertretern der übrigen Arbeiterschaft gegenüber die bekannten von Moskau empfohlenen Mittel anwenden, sondern, daß in ihren eigenen Reihen Unstimmigkeit und Verwirrung der Tatsachen parteiübliche Waffen sind. Unter solchen Umständen muß der Arbeiterschaft dringend empfohlen werden, bei allen Sammlungen, die von dieser Seite ausgehen, größte Vorsicht und Zurückhaltung zu üben. Es darf nicht länger geschehen, daß das Gefühl der Solidarität, das die deutsche Arbeiterschaft oft und mit leuchtendem Beispiel bezeugt hat, von parteipolitischen Wirrwörtern mißbraucht wird.

Militärdiktatur in Rußig

Nationalistische Ueberspannungen

Unter obiger Spitzmarke berichtet unser Parteiblatt "Volkrecht" in Rußig über die Ausschreitungen tschechischer Legionäre gegen die deutsche Bevölkerung. Wir haben bereits in unserem gestrigen Abendblatt von den Vorfällen Kenntnis gegeben, die auch zu einem scharfen Zusammenstoß im Prager Parlament geführt haben. Wie nötig es ist, den einseitigen Nachdrängen gegenüber Vorsicht zu üben, beweisen die Ausschreitungen unseres Rußiger Bruderblattes. Danach sind die deutschbürgerlichen Kreise nicht ungeschuldig an den Vorkommnissen. Das "Volkrecht" schreibt:

Kein Wort ist bitter genug, um die gestrigen Vorfälle, die sich in unserer Stadt abgespielt haben, zu beklagen und zu verurteilen. In die Schuld teilen sich nationale Hege- und Chauvinisten von deutscher und tschechischer Seite. Die Verursachung, die die Deutschnationalen unter lägenhaften Behauptungen durchzuführen wollten, war eine unnötige Provokation und hätte nie angelegt werden sollen. Schon die Art der Ankündigung war ein Beweis dafür, daß sich die Einberufer der Konsequenzen voll und ganz bewußt waren. Die "Rußiger Tageszeitung" und das "Rußiger Tagblatt" brachten groß aufgemachte Einladungen zu der Demonstration, die von keiner Partei unterschrieben waren, sondern nur davon sprachen, daß "Abgeordnete aller Parteien" als Führer voran gingen. Auf unseren Protest teilte die tschechisch-demokratische Freiheitspartei mit, daß sie mit der Sache nichts zu tun habe eine gleiche Erklärung gab die Deutsche Nationalpartei ab. Es muß sehr merkwürdig berühren, daß die nationalen bürgerlichen Herrschaften mit der Sache nichts zu tun haben wollten, im gleichen Augenblick aber die Spalten ihrer Blätter für die gewissenlose anonyme Propaganda öffnen und für nationale Redner sorgten. Auch vom nationalen Standpunkt sind die Kundgebungen geradezu ein Verbrechen, denn die deutschen bürgerlichen Parteien werden sich wohl nicht einbilden, daß sie auf diese Art und Weise die Position der Deutschen in diesem Staate verbessern.

Es ist immer dasselbe Bild: Die Chauvinisten der einen und die der anderen Seite arbeiten sich in die Hände. Einen Uebersturz an Mut und Begeisterung zeigt die Haltung der Deutschnationalen Partei allerdings nicht. Trotzdem hätte nach der Meinung unseres Bruderblattes die Demonstration der Deutschen vollkommen ruhig verlaufen können wenn nicht die tschechischen Chauvinisten die Gelegenheit benutz hätten, zu beweisen, daß sie die Herren von Rußig sind. Das Vorgehen der Legionäre geschah mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit der Passanten. Wer angesprochen wurde und nicht gleich tschechisch antwortete, wurde verprügelt. Die Gendarmerie weigerte sich, auf verschiedene Aufforderungen unserer Genossen, einzuschreiten, da sie keine Lust hätte, sich von den Legionären erschlagen zu lassen.

Die politischen Folgen dieser ungeschickten Exzesse werden vom "Volkrecht" aufs ernsthafteste erörtert:

Das sind Zustände, wie sie in einem zivilisierten Rechtsstaat unmöglich sind. Zustände, die geeignet sind, das Vertrauen und Ansehen der Regierung im gesamten In- und Ausland auf das Schwerste zu gefährden und zu untergraben. Wenn der Bürger, der sich gar nicht an den Exzessen weber von der einen noch von der anderen Seite beteiligt, riskieren muß, auf der Straße niedergeschossen zu werden, wenn er nicht eine tschechische Antwort geben kann, so sind das Verhältnisse, die als unerhört bezeichnet werden müssen. Dem Herrn Ministerpräsidenten wird nun wohl, in Anbetracht der Rußiger Opfer seiner staatsbehaltenden Politik die Lust vergehen, in prophetischer Weise unseren Genossen zu erklären, er beantworte die Interpellation über die Rußiger Vorfälle nicht, weil von unseren Abgeordneten zu scharf gesprochen worden sei. Und auch die Herren tschechischen Rechtssozialisten, die die volle Schuld für die Ausschreitungen der Reaktion in diesem Staate trifft, werden ihren chauvinistischen Wortführern Beachtung und Protekt wohl etwas mehr Reserve auferlegen müssen! Denn die Zustände, wie sie sich hierzulande immer deutlicher entwickeln, sind derartig, daß kein Wort scharf genug ist, um diesen europäischen Skandal richtig zu kennzeichnen. Ein Staat, der nicht mehr im Stande ist, seine Bürger vor den Exzessen blutdürstiger Elemente zu schützen, hat sein Daseinsrecht verlohren. Darüber sollte man sich in Regierungskreisen mehr als klar sein. Eine staatliche Gemeinschaft kann nur bestehen, wenn der Bürger ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit in Frieden leben kann und nicht wehrt und rechtlos als Partie dem Terror einer bewaffneten Minderheit ausgeliefert ist. Kann der Staat diesen Schutz nicht gewährleisten, so hat er abgewirkt. Man wird auch der "demokratischen" Regierung dieses Staates von der Tribüne des Parlaments mit aller Deutlichkeit und Schärfe auseinanderzusetzen müssen, daß nicht die Minoritäten, sondern der verstedte Staat, den die Regierung allen ähnlichen "Aktionen" angeheben läßt, die Schuld trägt daran, wenn dieser Staat in seinen Grundfesten erschüttert wird.

Das "Volkrecht" macht in seinen weiteren Ausführungen die Regierung für alle weiteren Zwischenfälle schon jetzt verantwortlich und schließt mit folgendem Aufruf an die Arbeiter beider Nationen:

"Daß Euch nicht verleiten durch den zur Siebeiche gesteuerten nationalen Chauvinismus, um in blutigen nationalen Hagen die Massengemeinschaft innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu vernein! Seid auf der Hut, daß die Reaktion Euch nicht unter dem Deckmantel des Nationalismus zu ihren Zwecken ausnützt! Die Einheitsfront des tschechischen und deutschen Proletariats wird immer mehr zum dringendsten Gebot der Stunde, sollen nicht alle Errungenheiten der Arbeiterbewegung in der Schmutzwelle des Nationalismus versinken!"

Inzwischen haben die Rußiger tschechischen Legionäre ein mit vierzehn Tagen befristetes Ultimatum an die Regierung gerichtet, in dem sie u. a. die Besetzung aller Behörden mit tschechischen Beamten und eine Verschärfung der Zensur über die deutschen Zeitungen verlangen.

Im Prager Abgeordnetenhaus gab Genosse Cermak im Namen der deutschen Sozialdemokraten eine Erklärung ab, die sich aufs Schärfste gegen die Vorfälle in Rußig und Bortelsberg wendet und die Regierung mit dem vollen Maß der Verantwortung belastet. Genosse Cermak wandte sich auch scharf gegen die Schmach der Entsendung von vier Volksvertretern durch die Parlamentswache aus dem Saal.

Es war vereinbart, daß nach der Rede des Genossen Cermak der Ministerpräsident Cerna eine Erklärung abgeben sollte. Der Ministerpräsident ließ jedoch die sozialdemokratische Partei wissen, daß er mit Rücksicht auf die Schärfe der Erklärung Cermaks die Interpellation nicht beantworten werde. Daraufhin verließen die deutschen Sozialdemokraten den Saal, so daß, da die deutschbürgerlichen Parteien schon vorher das Parlament verlassen hatten, die tschechischen Parteien noch allein anwesend waren.

Die Haltung des tschechisch-slowakischen Ministerpräsidenten schreit der Auffassung unserer Genossen Recht zu geben, daß die Regierung nicht in der Lage ist, dem Unwesen der Legionäre zu steuern. Auf jeden Fall sind die nationalen Zwistigkeiten, wie sie mit unermindelter Heftigkeit auch nach der Erreichung der tschechischen nationalen Ziele fortbestehen, ein starkes Hemmnis für den Aufbau des neuen Staatswesens. Es zeigt sich auch hier, daß allein die Sozialdemokratie es ist, die in der nationalistischen Atmosphäre die Ueberlegenheit nicht verliert und standhaft gegen alle nationalistischen Ueberspannungen ankämpft.

Neues Zeitungsverbot im böhmisches Gebiet. Die "N. R." am Willtag ist von der Besatzungsbehörde für einen weiteren Monat verboten worden.

Groß-Berlin

Um die Bebel-Allee

Um die Namensgebung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist kürzlich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftig gekämpft worden. Es wurde von der Linken scharfe Kritik geübt an der bisherigen Art der Benennung von Straßen, die vielfach aus byzantinischen Rücksichten erfolgte. Die Stadt spielte dabei nur eine sekundäre Rolle, weil in letzter Linie das Polizeipräsidium endgültig entschied. Es wurde verlangt, daß der früher Weg verlassen werde und andere Grundzüge zur Anwendung kommen sollten. Dazu bietet die neue Stadtgemeinde Berlin besonderen Anlaß, weil zahlreiche Doppelnamen in dem neuen Groß-Berlin vorhanden seien.

Gestern hatte sich die städtische Tiefbaudeputation mit einer solchen Namensänderung zu beschäftigen. Der Verwaltungsbezirk Neukölln hatte vor längerer Zeit beschlossen, die Kaiser-Friedrich-Straße in „Bebelallee“ umzutauschen. In der Tiefbaudeputation wurde von den Referenten empfohlen, dem Antrag zuzustimmen. Die bürgerlichen Vertreter bekamen Bauchschmerzen. Jeder brachte andere Einwände vor. Der erste Sprecher wandte ein, die Sache gehöre nach der neuen Verordnung weder zu den laufenden, noch zu den unausschließbaren Geschäften und könne jetzt nicht erledigt werden. Der zweite erklärte: man solle doch erst eine allgemeine Uebersicht über die vielen Doppelbenennungen in Groß-Berlin geben und dann erst an eine Umbenennung gehen. Wollte man jetzt aber neue Namen geben, so könnten nur neue Straßen in Frage kommen.

Unsere Genossen legten dar, daß die Deputation nicht mit der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung verglichen werden könne. Der Antrag gehöre zu den Geschäften der Deputation. Der gemachte Einwand sei nur ein Scheineinwand. Die bürgerlichen Redner sollten lieber offen und ehrlich sagen, sie wären sachlich gegen den Antrag. Zu warten, bis eine allgemeine Uebersicht über die Doppelnamen gegeben werden könne, bedeute nur, die Sache zu hintertreiben, denn dann würden wieder Einwände wegen der hohen Kosten erhoben werden. Ein anderer bürgerlicher Redner erklärte auf die Anzuspinnungen unserer Genossen, er wolle gar kein Hehl daraus machen, daß er auch sachlich gegen den Antrag sei, weil er nur einem Agitationsbedürfnis entspringen würde. Der Vorsitzende fand es ganz in der Ordnung, wenn Arbeiterstädte wie Neukölln Straßen nach dem Namen bekannter Sozialistenführer benennen wollten. Es würden sicher in Kürze eine Paul-Egger-Straße und andere folgen. In der Abstimmung beschloß die Tiefbaudeputation gegen einige bürgerliche Stimmen, dem Antrage stattzugeben und die Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln Bebel-Allee zu nennen. Das Polizeipräsidium muß nun noch endgültig zustimmen. Der Vorsitzende hofft, daß diese Zustimmung erfolgen wird.

Was so eine Bebel-Allee noch anrichten wird!

Falsche Freunde

Die bürgerlichen Stadtverordneten haben in der am Donnerstag stattgehabten „einmündigen“ Stadtverordnetenversammlung die Erledigung der Gutsarbeiterfrage verhindert, indem sie die Beschlußfähigkeit durch Verlassen des Saales herbeiführten, und sie schienen die Absicht zu haben, auch in der künftigen Sitzung in gleicher Weise vorzugehen. Sie rechnen darauf, daß in der Ferienzeit bei den drei sozialistischen Fraktionen einige Mitglieder von Berlin abwesend sind und bei der schwachen Mehrheit mit Mühe allein die Beschlußfähigkeit herstellen können. Dieses Spiel wird ihnen aber unter allen Umständen vereitelt werden. Die bürgerlichen Vertreter haben nur erreicht, daß die Arbeiter zunächst weiter warten müssen, ehe sie die ihnen vom Magistrat zugewilligte minimale Erhöhung ausgezahlt erhalten. Der Grund, daß die bürgerlichen Stadtverordneten die Beschlußfähigkeit herbeiführten, war ein Antrag der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, den Gutsarbeitern anstatt 7 1/2 Prozent, wie der Magistrat vorschlug, 10 Prozent zu geben und diese Zulage nicht nur auf den Barlohn, sondern auch auf das Deputat zu berechnen. Und ferner sollte nach dem Antrage unserer Genossen den Gutsarbeitern das Mitbestimmungsrecht zugewilligt werden, wie es die

städtischen Arbeiter besitzen. Das wollten die bürgerlichen Vertreter verhindern. Leider machten, wie immer, die Kommunisten ihre Extratänze. Es ist nicht schwer, weitgehende Anträge zu stellen, auch unsere Genossen könnten das tun. Uns ist es aber darum zu tun, den Arbeitern tatsächlich zu helfen. Was nützt es, wenn solche Anträge aussichtslos sind und den Arbeitern gar nichts bringen.

Von diesem Gesichtspunkte aus waren alle drei sozialistischen Gruppen einig geworden, den Antrag auf Bewilligung von 10 Prozent Erhöhung einmütig zu unterstützen und vom Magistrat die Erfüllung dieser Forderung zu verlangen. Der Magistrat hat in seiner Mehrheit 7 1/2 Prozent zugewilligt. Aus diesem Grunde nahm die Unabhängige Fraktion diesen Antrag, den sie schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen gestellt hatte, wieder auf.

Der Antrag der Kommunisten war in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr geeignet, den Arbeitern wirklich zu helfen, zumal er so unklar gehalten war, daß jeder herauslesen konnte, was er wollte.

Die Kommunisten mußten natürlich das tun, weil sie während des Gutsarbeiterstreiks den Arbeitern große Versprechungen gemacht hatten, wie sie das immer tun, die sie hinterher nicht einlösen können. Und so müssen sie die Fiktion aufrechterhalten, daß die anderen Arbeiterparteien schuld daran sind, wenn die Arbeiter nicht das erhalten, was sie ihnen versprochen. Im Gegensatz hierzu hat unsere Fraktion im Rathause in der Gutsarbeiterfrage mit Entschiedenheit die Interessen der Arbeiter vertreten, und wird das auch in Zukunft tun. Alles Geschrei der Kommunisten wird daran so wenig ändern wie das Verhalten der bürgerlichen Parteien.

Einstellung der Ferienspiele

Der Magistrat teilt mit: In Altb Berlin sind in diesem Sommer wie in früheren Jahren sowohl außerhalb der Schulferien als während derselben Spiele auf den Innen- und Außenspielplätzen abgehalten worden. 1920 wurden dafür zusammen 2 1/2 Millionen ausgegeben.

1921 wurde in dem Haushalt für beide Spiele der gleiche Betrag, genau 2 513 000 M. eingestellt. Diese Summe war der Verwaltung der Spiele vor ihrem Beginn bekannt. Sie mußte mit ihr rechnen. Indessen verursachte die Erhöhung der Vergütungen und Löhne und die der Materialpreise, ferner auch die Beteiligung von Kindern aus den in Altb Berlin angrenzenden Bezirken ein starkes Anwachsen der Ausgaben.

Ende Juli stellte die Spielverwaltung fest, daß die für Spiele außerhalb der Ferien ausgelegte Summe bereits um über 1/4 Million Mark überschritten war. Die für die Ferienspiele ausgelegten Summen waren Anfang August aufgebraucht.

Die Fortführung der Spiele bis zum Ferienschluss hätte eine weitere Ueberschreitung von über 1/4 Million verursacht. Der Magistrat hat diese gewaltigen Mehrausgaben, für welche er keine Deckung sah, nicht verantworten können und deshalb die Einstellung der diesjährigen Spiele zum Schluss dieser Woche angeordnet.

Die Finanznöte der Städte sind eine allgemeine Folgeerscheinung des Krieges. Die neue Stadtgemeinde Berlin ist ganz besonders davon betroffen. Große und wichtige Aufgaben sind zurückgestellt worden oder mußten völlig unterbleiben. Auf allen Gebieten wird „geparrt“. Das Sparen erfolgt leider meist nicht an der richtigen Stelle. Oftmals wird an Stellen geparrt, daß nachträglich daraus erhebliche Mehrausgaben erwachsen. Auch die Sparlosigkeit bei den Ferienspielen muß sich bitter rächen. In keiner Zeit ist die Berliner Jugend der Erholung so dringend bedürftig gewesen, wie gerade jetzt.

Die jahrelange Unterernährung sowie die überaus traurigen Wohnungsverhältnisse haben dazu geführt, daß unsere Jugend verkümmert.

Der Beschluß des Magistrats, die Ferienspiele vorzeitig einzustellen, ist verheißend. Die jetzt gesparte Summe muß später für Krankenpflege, Heilmittelnbehandlung usw. verwendet ausgegeben werden. Ganz abgesehen von der dauernden Schädigung, die viele Profetarbeiter dadurch erleiden, hätte der Magistrat diesen Beschluß, schon mit Rücksicht auf die in diesem Sommer herrschende Hitze, nicht herbeiführen dürfen.

Die wenigen Stunden, die den Kindern noch geblieben waren, außerhalb der engen Straßen in frischer Luft zu verbringen, durfte man ihnen nicht nehmen. Auch dann nicht, wenn es sich nicht nur um 1/4 Million Mehrausgaben gehandelt hätte. Bei dem 6-Milliarden-Etat der Stadt hätte auch noch diese Summe auf-

gebracht werden können und müssen. Dieses Geld wäre eine der zweckmäßigsten Ausgaben der Stadt gewesen.

Nachmal: Die jüdische Gemeinde

Uns wird geschrieben: Vor einigen Tagen brachten Sie einen Artikel, in dem über die unsoziale Handlungsweise der jüdischen Gemeinde mit Recht Beschwerde geführt wurde. Ich bin in der Lage, Ihnen einen ebenso trassen Fall mitzuteilen: Das Bezirksamt 4 (Prenzlauer Tor) hat ebenso wie die anderen fünf Altb Berliner Bezirksamter im Gegensatz zu den Außenbezirken keine Einrichtungen übernommen, die ihm die Erledigung der geleglich übertragene Verwaltung ermöglichen. Es war deshalb bisher lediglich auf zehn kleine Räume im Hintergebäude der Brauerei Plesserberg angewiesen, die nicht einmal für die Unterbringung der Bezirksadmirale ausreichen, geschweige denn die sachgemäße Uebernahme der schon übertragene Aufgaben gestatten. Die jüdische Gemeinde besitzt in der Katesie, 53 eine Religionschule, in welcher an drei Wochentagen nachmittags je zwei bis drei Stunden Unterricht erteilt wird. Während der übrigen Zeit steht das ganze Haus leer.

Auf einen von der Bezirksversammlung einstimmig gefassten Beschluß wandte sich das Bezirksamt an den Vorstand der jüdischen Gemeinde zwecks vorübergehender Benutzung der Katesien-Schule. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde war hiermit auch einverstanden und entwarf selbst einen Mietvertrag, in dem allen Wünschen der Gemeinde Rechnung getragen war und der auch die Zustimmung des Magistrats fand. Für den Religionsunterricht waren der jüdischen Gemeinde in der Nähe gelegene Schulräume der Stadt Berlin unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Inzwischen hat aber die Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde den Beschluß des Bezirksamtes abgelehnt. Da trotz des Bemühens der Vertreter aller Parteien eine Einigung mit der jüdischen Gemeinde nicht zu erzielen war, hat der Magistrat beim Minister für Wissenschaft usw. bereits vor einigen Monaten die Beschaffung der Räume beantragt. Leider ist bisher noch von dieser Dienststelle keine Entscheidung getroffen worden. Von den dem Bezirksamt 4 unterstellten Verwaltungszweigen befinden sich zahlreiche Dienststellen in früheren Privatwohnungen, die durch die Benutzung der Räume Katesie zum Teil freigegeben werden könnten. Die Bevölkerung des Bezirks IV deshalb über das Verhalten der jüdischen Gemeinde aufs höchste empört.

Bleibt merkt sich der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung aber dieses Verhalten der jüdischen Gemeinde, insbesondere bei der Bewilligung von Mitteln an diese.

Kinderfest des Bezirksamtes IV Prenzlauer Berg

Vom Sitz des Bezirksamtes am Senefeldenspark ging am Donnerstag eine 800köpfige Kinderparade mit Musik zum Spielplatz des Jugendamtes nach der Rudolf-Roske-Str. Ein zweiter Zug mit 400 Kindern kam vom Sammelplatz Humboldtplatz. Nach einer Ansprache des Stadtrates Friedländer wurden die Kinder zum Spielen eingeteilt und alle konnten sich an den von Helfern des Touristenvereins „Naturfreunde“, Turnvereins „Fichte“, Arbeiter-Touristenvereins und der Berliner Kinderkommission geleiteten Spielen erfreuen. Die Musik stellte eine Kapelle vom Arbeiter-Musiker-Bund und die Kapelle vom Lindenhof.

Das vorgesehene Kaiserliche Theater mußte infolge des überaus hohen Andranges — es waren mehr als 2000 Kinder und 1000 Erwachsene auf dem Platze — ausfallen. Wird aber an den nächsten Tagen wiederholt stattfinden. Das Fest dauerte noch bis Sonntag.

Kinderkommission, Arbeiter-Eltern-Bund, Turnverein „Fichte“, Touristenverein „Naturfreunde“, Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Arbeiter-Athleten-Bund sowie alle Arbeitersportverbände werden ersucht, Hilfskräfte für Kinderpiele usw. zu dieser Veranstaltung des Jugendamtes zur Verfügung zu stellen.

Postpakete, die nicht ankommen

Für das Verschwinden zahlreicher Postpakete wurde der Postfaktor Elias vorantworlich gemacht; mit ihm stand der Kriegsinvalid August Demmig unter der Auflage der Heulerer vor der Ferienkammer des Landgerichts III. Elias war bei dem Paketpostamt Charlottenburg tätig. Es fiel nun auf, daß während seiner dreimonatigen Tätigkeit nicht weniger als 60 Pakete, die zum großen Teil Nahrungsmittel für die Sippsleute enthielten, nicht bestellt worden, sondern abhanden gekommen waren. Der auf den Angeklagten Elias sich lenkende Verdacht, die Pakete unterschlagen zu haben, wurde durch die von mehreren Führernseuten beobachteten Vorgänge zum Teil verifiziert. Die Sache war den Jungen so verdächtig, daß sie zweimal intervenierten und die Angeklagten direkt vor Verurteilungen warnten. Beide Angeklagten bestritten

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Gib!“ sagte seine Frau, als er nach Briefen in seiner Tasche kramte und sie unruhig hin und her warf.

„Nicht“, wehrte er ab, als sie nach einem langen Wokke, der ihm entfallen war. Ganz wie Peter, ratlos unglücklich und unwirsch stand er vor ihr. Sie hatte die Schrift gelesen.

„Nicht?“ fragte sie und sah ihn mit alter Güte an. „Ich kann jetzt nicht, Angele! Vielleicht später.“

Er wandte sich ab, sein Ton klang gepreßt, wirklich wie ein alter Mann stand er vor ihr, gebeugt und müde.

„Da nimm das!“ Er reichte ihr einen andern Brief hin.

„Don Heinrich?“ Ihr Mann nickte. Nun ließ er sich schwerfällig auf einen Stuhl sinken und stützte den Kopf auf die Hand. War das noch derselbe Mann, der vor ein paar Monaten so lebensfroh durchs Haus gelacht hatte? Der ihr wie eine Verdorperung des Lebens und des Trostesinnes erschien, dessen Lachen sie liebte und hegte und hütete, das sie noch hätte hören mögen, wenn ihr Leben zu Ende ging?

War das überhaupt noch dasselbe Haus, in dem Gelächter, Gesang und frohes Leben gewohnt? Sie hatte sich diesen lebenslustigen frohen Menschen gegenüber stets dumpf und schwerbütig gefühlt, ein Gemmis für sie. — Ein tiefes Mitleid mit dem müden Manne an ihrer Seite überkam sie. Sie strich ihm liebevoll über die Haare und bat: „Komm, gib mir den andern Brief.“

„Nein, ich kann nicht! Laß mich und lies das.“ Er verbergte den Kopf in seinen Händen bis sie gelesen hatte.

„Heinrich ist krank?“ fragte sie zweifelnd. „Die Lunge? Er hat nie darüber gellagt. Was glaubst du?“

„Ich weiß nicht! Ich weiß es nicht! Ich muß hin —“ und unsät auf- und abgehend stieß er heraus: „Ich gehe hin, ja, ich gehe sofort hin.“

„Ein Telegramm“, meldete Tina und reichte es zur Türe herein.

Er riß es auf: „Ich reise sofort.“ — sagte er hastig und war schon zur Türe draußen. Er hatte keinen Blick mehr für die Frau, keinen Händedruck. Sein ganzes Wesen war in äußerster Aufregung, er vergaß sogar alle seine Briefe und das Telegramm, das ihm entfallen war.

Seine Frau hob es auf; sie schloß die Augen, als sie gelesen und lehnte sich zurück: „Ein Kind! Sein Kind! Der Sohn dieser Fremden!“

Es war, als fiele ein schwarzer Vorhang vor ihr ferneres Leben, als ginge die Sonne für immer unter in diesem Nebel, den der Wald ausstieß, und der regungslos gegen ihre Fenster vortrat.

Peter schlüpfte wieder einmal in der Rahebergern Haus. Er tat dies in letzter Zeit fast jeden Tag. War's nicht sonderbar, daß das überhaupt jetzt der einzige Weg für ihn war? Raheberg war jetzt seine Heimat. Dort vergaß er alles Widrige, dort wurde er mit Jubel empfangen. Gretchen küßte ihn, wußte tausenderlei zu erzählen und verstand, daß er klagte. Besonders wegen der ewigen Verneer! Sie war eine Feindin des Kandidaten, der sie geflissentlich über- sah; sie hegte Peter immer gegen ihn auf:

„So e Kerl! Es is ja nit möglich, daß du Respekt hast vor ihm. Er hat ja nit mal ein Schnurbart!“

„Er ist gut“, unterbrach sie Peter, „aber er plagt mich schrecklich mit der dummen Verneer!“

Gretchen nähete, und Peter schaute ihr zu. Er schwänzte die Stunde, um allmählich und froh bei Gretchen sitzen zu können. Von Zeit zu Zeit schaute er hinaus, ob der Kandidat sich nicht in Spiralen vorbeidrehe.

„Er geht in Spiralen“, behauptete er, „seine Augenbrauen steigen parabolisch, dabei werden seine Augen zu Ellipsen, so durchtränkt mit Mathematik ist er.“

„Ach laß den alten Kandidaten und guß nit immer nach ihm! bleib schön da bei mir, wenn er kommt, versted ich dich schon.“ Schmollte Gretchen.

„Der Kandidat!“ schrie sie dann plötzlich.

Peter sprang auf. „Nit wahr, nit wahr“, lachte Gretchen. „Aber du fürchtst dich doch, ich hab's g'sehen“ und händeltat-schend tanzte sie in der Stube umher und schwenkte die Röde, daß man weit über die Spitzen ihrer Hosen sah und Peter verlegen wegschaute. Ein beengendes Gefühl überkam ihn jetzt oft, wenn er neben Gretchen saß, und sie ihm näher rückte oder ihm gar einen Kuß gab. Wenn er etwas sagte, was ihr gefiel, schrie sie: „Dafür muß ich dich küsse, du bist zu lieb.“

Da fing es manchmal in seinem Herzen zu graden an, es lief ihm durch alle Nerven, daß er forttrante, ohne Adieu zu sagen. Wenn er dann nur nicht mehr an Gretchen hätte denken müssen und an die Sofaeden, wo sie nebeneinander

saßen, — und es ihm auf einmal ganz heiß und schwindlig wurde, und er sich nicht mehr zu rühren getraute! Er tollten sie dann wieder umher und spielten blinde Kuh mit Rätchen, das sich immer so gern von Peter fangen ließ. Auf einmal war's da, überfiel ihn heimlich, daß er Gretchen nicht mehr anschauen, nicht mehr berühren konnte; er hätte sie an sich reißen, zerdrücken müssen. Er fürchtete sich und wünschte es wieder leidenschaftlich, daß sie ihn küsse, er konnte das kleine hurtige rote Zünglein nicht sehen, das sie so schelmisch und begehlich herausspreckte. Er floh Gretchen und konnte es doch nicht aushalten, wenn er sie einen Tag nicht sah.

„Die Mutter!“ schrie Gretchen auf einmal aber Peter rührte sich nicht. „Du fürchtst mich wieder an, und wenn sie's wirklich is, die ganz doch nicht!“

Madame Raheberger kam wirklich angewandelt in der Krinolone und im dreieckigen Schal, den sie stets trug, wenn sie zu ihren Kunden ging. Dazu paßte ganz der niedere runde Hut, mit den halblangen wehenden Wändern, und als sie so im Zug eintrat, machte sie Peter da, entsprechende Komplimente, dazu, ganz im Stile ihrer Jugend.

Sie war erfreut, sie war sogar sehr erfreut, den Herrn Peter zu sehen! Er sollte nur recht, recht oft kommen! Und wie ging's dem armen kranken Herrn Heinrich?

„Heinrich?“ Peter wußte nichts davon. Er fühlte sich plötzlich etwas beengt durch die Gegenwart der Madame mit der Krinolone, die um ihn herumtanzelte und förmlich lästern schnupperte.

Gretchen drohte ihr mit den Augen und sagte unwillig: „So seß dich doch, Mamme!“

Mit einem merkwürdigen Lachen und einem stehenden Blick nach der Tochter setzte sie sich, wackelte unruhig mit dem Chignon und fuhr dann fort: „Was hab' ich gesagt? Was hab' ich geredt? Ach ja! Der arm Herr Heinrich! Und Sie wissen nit, Peter? Nit menschenmöglich! Uff der Lunge soll er's haawe, hört m'r, und noch so allerlei — 's is e schwere Zeit for'n, un for de Batter! Und Sie wer'n de Felsenbrunner Hof kriegen, Peter — eigentlich derf m'r gratulieren!“

„Mamme, schwäh doch nit so dumm!“ eiferte Gretchen.

„Was schwäh ich dann? Der Peter jagt besser uff de Hof hin, un er is der Soldere; Gretche, ich sag's immer. Der Heinrich — e Mädche do und e Mädche do, dem kummt's nit druff an — eens mit'm Bruder, eens mit'm Pa.“ —

(Fortsetzung folgt)

Ihre Schuld, Elias, indem er auf allerlei Möglichkeiten hinwies, unter denen die Pakete abhandeln gekommen sein könnten. Eine bei dem zweiten Angeklagten vorgenommene Hausdurchsüchtung förderte auffallend große Nahrungsmittelporräte zu Tage. Die Beweisannahme ließ keinen Zweifel darüber, daß ein Teil der verschwundenen Pakete auf das Schuldkonto des Angeklagten Elias zu setzen war. Das Gericht verurteilte diesen zu 2 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Domini zu 1 Jahr Gefängnis. Elias wurden 9 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Bequeme Krankenbehandlung

Die Poliklinik der Charité, die von Hunderten von Kranken, namentlich der unbemittelten Klassen, besucht wird, ist vom 1. August bis 12. September geschlossen. Was machen die Kranken in dieser langen Zeit, namentlich wenn sich ihr Zustand verschlechtert und sie keine Mittel besitzen, einen Arzt, der ein wesentlich höheres Honorar fordert, konsultieren zu können? Man hat den Patienten wohl am Schlußtage noch Reklamenten verordnet, ohne aber denselben zu beobachten, ob sie gesundheitsfördernd wirken, vielleicht nach dem Rezept: hilft's auch nicht, so schadet's auch nicht.

Ein vermeintliches Verbrechen beschuldigt die Kriminalpolizei. Am Ufer der Spree bei Niederschönensee wurden Kl. Idungsstraße gefangen, die, wie sich ergab, dem 22. Jahre alten Decker Fritz Bläseke aus der Röhmer Straße gehörten. Aus bei den Kleidungsstücken gefundenen Papieren ging ferner die Adresse des jungen Mannes, der zweifellos ertrunken sein mußte, hervor. Diese wurde benachrichtigt und die Schwester begab sich daraufhin nach der Wohnung des Bruders, um sich nach dessen Verbleib zu erkundigen. In ihrer Ueberraschung traf sie dort zwei junge Männer an, von denen der eine einen Anzug des Bruders trug, während der andere sich dessen Zigarettenetui eingesteckt hatte. Dies kam ihr verdächtig vor, da diese jungen Männer vor ihr schon von dem Tode ihres Bruders unterrichtet gewesen sein mußten. Es entstand nun der Verdacht, daß diese vielleicht gewaltsam dazu beigetragen hätten. Die jungen Leute wurden verhört und dabei gaben sie an, daß ihr Freund, der ertrunkene Bläseke, ihnen die Sachen vorher bereits vermacht hätte. Dieser habe ihnen gesagt, daß er nach Amerika auswandern würde und dabei habe er über seine Sachen, die er nicht mitnehmen wollte, verfügt. Davon, daß dieser sich das Leben hätte nehmen wollen, hätten sie nichts gewußt. Die Nachprüfungen ergaben die Richtigkeit der Darstellung der jungen Männer, die durch den Selbstmord ihres Freundes in schweren Verdacht gekommen waren.

Ein dreifacher Rassenraub ereignete sich gestern nachmittag im dem Hause Neue Schönhauser Str. 12, wo sich das Zigarettengeschäft von Alara Schiffmann befindet. Die Inhaberin des Geschäfts wollte in ihrer an den Laden anschließenden Stube, während sie die Ladentür geöffnet hielt. Kurz nach $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags erschienen zwei elegant gekleidete Herren. Der eine von ihnen verlangte fünf Zigaretten und reichte der Inhaberin einen Hundertmarkschein zum Wechseln. Diese öffnete zu dem Zweck ihre Kasse. Wählglich tat der andere einen raschen Griff hinein, und ehe die Ladeninhaberin noch wußte, was geschah, war er mit seiner Beute von etwa tausend bis fünfzehnhundert Mark in Begleitung seines Komplizen verschwunden. Die Frau rief um Hilfe und nahm sofort mit mehreren Passanten die Verfolgung auf, jedoch entamen die Täter unerkannt.

Feuer auf dem Jüdischen Zentralschießhof. Dieser auf alarmierte am Freitag nachmittag die Berliner Feuerwehr nach der Eldener Str. 37, wo große Strohporräte in Brand geraten waren. Es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken und eine weitere Ausdehnung auf die benachbarten Stallungen zu verhüten. Man nimmt als Entstehungsursache Fahrlässigkeit an.

Die Bekräftigung verfügt hat der Oberpräsident den von der Bezirksversammlung Berlin-Wedding zu Stadträten erwählten Verwaltungsverwalter Bläseke und Angefallene S. Schmidt. Diese beiden Bezirksverordneten sind zum dritten Mal gewählt und nicht bekräftigt worden. Der Oberpräsident hat anbeimgestellt, die beiden Stellen kommissarisch verwalten zu lassen und zu diesem Zweck Vorschläge zu machen. Das Bezirksamt hat durch seinen Bürgermeisterfeld dem Oberpräsidenten mitgeteilt, daß es eine kommissarische Besetzung der Stellen ablehnt und eine Begründung für die Ablehnung verlangt. Darauf wird die Bezirksversammlung lange warten können. Feststellen müssen wir, daß die kommissarische Bezirksversammlung eine Neuwahl nicht vornehmen kann, sondern daß erst die neugewählten Versammlungen zu den ausstehenden Wahlen erneut Stellung nehmen können.

Der Magistrat, Abteilung für Broterzeugung, gibt bekannt: Sowohl in der Tages- als auch in der Nachpresse ist vielfach verbreitet worden, daß aus dem schon jetzt im freien Handel erhältlichen Mehl der neuen Ernte markenreines Brot hergestellt und abgegeben werden dürfe. Diese Annahme trifft nicht zu. Das neue Getreidewehrungsgegesetz tritt erst am 15. August 1921 in Kraft. Bis dahin bleibt es hinsichtlich der Broterzeugung selbstverständlich bei den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen.

Ein Sommerfest in der Bühnenbauerei am Prenzlauer Tor veranstaltet heute, Sonnabend nachmittag, der 11. Distrikt. Das Programm enthält außer Musikvorträgen des Orchesters auch noch Musikstücke der Wandolnvereine „Milano 05“ und „Stern 10“. Weiter sind zur Mitwirkung gewonnen der Arbeiter-Radsport- und „Solidarität“, der Arbeiter-Athleten-Bund und der Turnverein „Fichte“. Die Veranstalter hoffen, allen Besuchern recht angenehme Stunden zu bereiten.

Schwimmfest in Lichtensberg. Die Gruppe Lichtensberg des Schwimmvereins „Bormärts 1897“ veranstaltet am Sonntag, den 7. August, ihr diesjähriges Gruppenschwimmfest. Zur Vorführung gelangen sämtliche Zweige des Schwimmports. Die Beteiligung aller Mannschaften des Vereins gibt die Garantie für gute Leistungen unserer Sportler. Beginn der Wettkämpfe 3 Uhr im Rummelsburger Seebad, Lichtensberg, Hauptstraße 6.

Vorkämpfe im Ringen. Am Sonntag, den 7. August, vormittags 9 Uhr, finden in der Turnhalle, Zwinallstraße 30, die Vorkämpfe im Ringen der 4. und 5. Klasse des Bezirks Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland (Kreis Brandenburg) statt. Da die Finnlandmannschaft daran teilnimmt, ist guter Sport zu erwarten.

Aufruf an die Mitglieder des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“. Genossinnen und Genossen, helft uns beim Kinderwettbewerb des Bezirksrats 4 auf dem Exerzierplatz in der Röhmerwälder Straße, Eingang Rudolf-Moße-Straße, am Freitag, Sonnabend und hauptsächlich am Sonntag, nachmittags von 3 bis 8 Uhr. Ihr Volksgenoss und Kinderfreund, kommt und spielt mit, damit die 3000 Kinder Unterhaltung und wir Unterstützung haben. Die Leitung der Abteilung Norden.

Gewerkchaftliches

Lehrberatungs-Sprechstunden

Erfahrungsgemäß ist die Vorbildung der Hörer, welche die Kurse der Betriebsräte-Schule belegen, eine sehr verschiedene. Auch werden sie durch die Mannigfaltigkeit ihrer beruflichen Arbeit, gerade im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Betriebsräte, vor sie, je nach der Art ihrer Betriebe, verschiedene Sonderaufgaben gestellt. Da gilt es dann genau zu prüfen, welche Kurse im betreffenden Falle die zweckmäßigste Ausbildung vermitteln. Nicht jedem ist es ohne Hilfe eines Beraters möglich. Aus diesem Grunde errichtet die Betriebsräte-Schule Lehrberatungs-Sprechstunden. Diese beginnen Freitag, den 19. August 1921 und finden (vorerst) bis zum 26. September 1921) regelmäßig jeden Montag und Freitag, in der Zeit von 4-6 Uhr nachmittags, statt. In ihrem eigenen Interesse empfehlen wir den Genossen, von dieser Einrichtung nach Möglichkeit Gebrauch zu machen. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Abteilung Räte-Schule.

Die unterstufen Erwerbslosen im Reich

Im Juni d. J. ist die Zahl der unterstufen Erwerbslosen im Deutschen Reich von 388 161 am 1. Juni auf 316 970 am 1. Juli gesunken. Der Rückgang beträgt also diesmal ziemlich genau 11,5 v. H. und ist damit etwas größer als der Rückgang während des Monats Mai. Unter den Unterstufungsangehörigen sind 246 713 männliche und 71 257 weibliche. Hierzu treten noch 339 863 Zuschlagempfindliche (d. h. Familienangehörige der Erwerbslosen). Die Verbesserung des Arbeitsmarktes, die in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, ist vor allem auf den stärkeren Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitsträften, sodann aber auch auf die bessere Beschäftigung einer Reihe von Industrien, besonders des Baugewerbes, zurückzuführen. Trotz alledem bleibt das Gesamtbild unerfreulich genug, zumal wenn man berücksichtigt, daß mehrere hunderttausend Personen ständig nur mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge, also künstlich, der Arbeitslosigkeit entzogen sind, daß die nicht unterstufen Arbeitslosen von der Statistik ebensowenig erfasst werden wie die Kurzarbeiter, deren Anzahl gerade in den letzten Wochen wieder stark zugenommen ist, und daß mit einer Vermehrung auch der unterstufen Erwerbslosen bei Eintritt der kälteren Jahreszeit unbedingt zu rechnen ist.

Die englischen Bergarbeiter von Sowjetrußland verraten?

Vor einiger Zeit wies die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin auf die Tatsache hin, daß die sogenannte „rote“ Internationale von Moskau keine Hand gerührt hat, um den englischen Bergarbeitern zu helfen, während die Anhänger der Amsterdamer Internationale wenigstens noch versucht haben, den englischen Kameraden in ihrem Kampf dadurch zu Hilfe zu kommen, daß die Transportarbeiter der festländischen Häfen sich weigerten, für England bestimmte Kohlen zu verladen.

In einem zweiten Artikel stellt nun die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ die Frage, ob diese absolute Passivität gegenüber den englischen Protestanten nicht dadurch verschuldet ist, daß Herr Krasin, um den Handelsvertrag Sowjet-Rußlands mit den englischen Kapitalisten nicht zu gefährden, sich auf gewisse Konzessionen gegenüber Lord George hat einlassen müssen. Mit andern Worten, daß die russische Sowjet-Republik, um sich die englischen Kapitalisten warmzuhalten, die ausgesperrten englischen Bergarbeiter in ihrem Kampf schmachvoll verraten und im Stich gelassen hat.

Wir geben diese Mitteilung ohne irgendwelchen Kommentar weiter. Daß dieser Verdacht von einem kommunistischen Blatt verbreitet wird, spricht zur Genüge für sich selbst.

Landarbeitertreffen in Spanien

Ein wichtiger Landarbeitertreffpunkt hat jenseits in Castellon de la Plana (früheres Königreich Valencia) stattgefunden, an dem 89 Delegierte, Vertreter von 53 401 Mitgliedern, teilnahmen. Außer einigen Organisationsbeschlüssen wurde bestimmt, die drei im Osten bestehenden Organisationen zu einer zusammenzuschließen und in kürzester Zeit einen Kongress zusammenzurufen, um die Landarbeitergewerkschaft dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund anzugliedern.

Die spanische Sektion der Gewerkschaftsinternationale folgt mit sehr großem Interesse dem Erwachen der Landarbeiter. Wenn diese Kameraden soweit sein werden, um gemeinsame Aktionen unternehmen zu können, wird die spanische Gewerkschaftsbewegung Herrin der Stunde sein.

Ein Schiedsspruch über den dritten Feiertag

Bei einer Berliner Maschinenfabrik galt seit einer Reihe von Jahren der dritte Pfingstfeiertag als Ruhetag. Bei der durch die neuen Tarife getroffenen Erweiterung des Urlaubs betrachtete die Firma diese Bergünstigung als aufgehoben und wies die Forderung eines bei ihr angestellten Maschinenzeichners auf Bezahlung des dritten Feiertages ab. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat über die Frage einen Schiedsspruch gefällt, wonach im vorliegenden Falle der dritte Pfingstfeiertag als a n g e o r d n e t e r Feiertag gelte für den Abzüge vom Lohn unzulässig seien. Der Schlichtungsausschuß trat der Ansicht der Firma, daß der dritte Feiertag durch den jetzt geltenden Tarifvertrag aufgehoben sei, nicht bei. Dieser Tarifvertrag enthalte die Bestimmung, daß s i n k t i g e r Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Tarife nicht aufgehoben sind. Die Firma sei daher nicht befugt, den dritten Feiertag als Arbeitstag einzuführen, da dies eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten würde.

Hotelführer und Trinkgeld

Der Verband Rheinischer Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe hat in seiner Hauptversammlung am 11. und 12. Juli in Godesberg erklärt, er halte alle Versuche, das Trinkgeld abzuschaffen, für unüberwindlich und sei überzeugt, daß bei dem sogenannten abspassierten Trinkgeld der Gast eine doppelte Belastung erfährt.

Es ist wirklich rührend, wie die Hotelführer auf das „Wohlergehen“ ihrer Gäste bedacht sind, das heißt, wenn sie diese für ihre Zwecke gebrauchen können, wie in dem Kampf der Angefallenen für die Abschaffung oder gegen die Wiedereinführung des Trint-

geldes. Wir halten es für unsere Pflicht, das Publikum dahingehend aufzuklären, daß nicht die „Abschaffung“, sondern die „Wiedereinführung“ des Trinkgeldes eine doppelte Belastung für die Gäste bedeuten würde.

Bei einer Wiedereinführung des Trinkgeldes hätten die Gäste dann neben der Entlohnung des Bedienungspersonals auch die erhöhten Preise für Logis, Speisen und Getränke zu zahlen. An einen Abbau der Preise durch die Hotelbesitzer ist nicht zu denken. Wir führen als Beispiel nur die Städte Köln und Düsseldorf an, wo trotz der Wiedereinführung des Trinkgeldes und Reduzierung der Löhne die Preise nicht um das Geringste herabgesetzt worden sind.

Unternehmer-Terror

Auf dem 35. Verbandstag des Sächsischen Gewerkschaftsverbandes, der vor kurzem in Annaberg tagte, wurde nach einem Referat des Geschäftsführers Wagner über: „Die Organisation und ihre Bedeutung“ folgende bezeichnende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Bekauern Kenntnis, daß immer noch ein großer Prozentsatz der Gewerkschaften keine Organisation annehmt und nach Berlin vorhanden sind, die derselben fernliegen. Der Verbandsvorstand wird daher aufgefordert, seine Kräfte zu schieben, um diese Kollegen aufzuklären und der Organisation zuzuführen. Diejenigen, die sich danach trotzdem nicht entschließen können, der Organisation beizutreten, sollen öffentlich bekanntgegeben werden. Ferner ist vom Vorstand dahin zu wirken, daß die durch die Organisation erzwungenen Vorteile den Fernstehenden nicht mehr zugute kommen dürfen.“

Wie oft schon haben die Unternehmer über den sogenannten „Terror“ des Zentralverbandes, der die inoffiziellen Angefallenen mit „Gewalt“ in seinen Verband presse, Jeter und Mordos geföhren, ohne dafür auch nur den geringsten Beweis zu erbringen. Nun aber haben sie sich durch die Annahme obiger Entschlüsse selbst entlarvt und ihre Scheinheiligkeit vor aller Welt kundgetan.

Keine Beschränkung der Freizügigkeit in Bayern. Bisher unterlag noch München den einengenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Demnach konnte in München nur in Arbeit treten, wer dort am 1. August 1914 gearbeitet hatte oder wohnhaft gewesen war. Nachdem aber inzwischen die Arbeitslosigkeit in München sich erheblich verringert hat und nunmehr weniger als 1/3 Prozent der Bevölkerung beträgt, ist die erwähnte Verordnung auch für München außer Kraft gesetzt worden und hat damit für ganz Bayern ihre Wirksamkeit verloren. Das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge hat das unterm 30. Juni im „Bayerischen Staatsanzeiger“ bekanntgemacht.

Im Glas- und Keramikgroßhandel ist nun ebenfalls die Lohnbewegung beendet worden. Der Arbeitgeberverband des Großhandels hatte zunächst Verhandlungen abgelehnt. Gestern kamen nun Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zustande. Während der Beratung desselben kam es außerhalb der Sitzung dann zu einer Verständigung auf der Basis einer 9-18prozentigen Lohnerhöhung. Die Gruppenversammlung, die außerordentlich stark besucht war, nahm dieses Abkommen mit Freude an. Die neuen Verträge können ab Sonnabend beim Kolb, Kohlschmidt, Engelsufer 14-15, Zimmer 32, in Empfang genommen werden.

Arbeiter-sport

Arbeiter-Vereinigung „Nachtjäger“

Wanderfahrten am 6./7. August

Berlin, Gans, Prenzlauer Ber. : Abfahrt Sonnabend abends 6.10 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Königs-Waldpark, Höttersee; Abfahrt Sonnabend abends 6.27 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Bernau, Pillenersee; Abfahrt Sonnabend abends 6.18 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Gansberg, Uebenersee; Abfahrt Sonnabend abends 6.26 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Königs-Waldpark, Höttersee; Abfahrt Sonntag vorm. 6.40 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Strausberg, Biggersee; Abfahrt Sonnabend nachm. 5.15 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Wiesentz, Wiesentzsee; Abfahrt Sonnabend abends 7.10 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Klein-Brandenburg, Buch, Seeliger; Abfahrt Sonntag früh 6.30 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Strausberg, Biggersee; Abfahrt Sonntag früh 6.30 Uhr Steglitzers Sportplatz. — Birkenwerder, Sommersee; Abfahrt Sonntag früh 6.30 Uhr Steglitzers Sportplatz.

Parteiveranstaltungen

1. Verwaltungsbüro (Hilmsdorf, Schmalzgraben, Sternstraße). Die Mitteilungsblätter für jeden Bezirk 10 Exemplare liegen bei Kolb, Rauenburger Straße zur Abholung bereit. Schmalzgraben hat bereits abgeholt. 13. Verwaltungsbüro, Jugendzweig. Alle Genossinnen und Genossen, die ihre Kinder an der Jugendweide im 13. Verwaltungsbüro teilnehmen lassen wollen, werden gebeten, diese möglichst bald anzuzeigen. Tempelhof; bei Genossen Dillmanns, Kaiser-Wilhelm-Str. 2, Mariendorf; bei Günther, Kurfürstendamm 19, Mariensielde; bei Schmidt, Denboldstraße 19, Lichtensberg; bei Riedel, Rattler Friedhof-Str. 20.

Sonnabend, 6. August

Lichtenberg-Stadt, L. Bietel. Abends 7 1/2 Uhr Junktion-Konferenz bei Kröpke, Zischmarstr. 13.

Sonntag, 7. August

Neu-Hn. Größere Mädchen, welche an den Reigenaufführungen zum Sommerfest am 23. August teilnehmen wollen, werden ersucht, heute vorm. 10 Uhr in der Rühl-Bräuererei, Hermannstr. 214, zu erscheinen. Höttersee. Festigung der Rühl-Bräuererei. Teilnehmer treffen sich mittags 1 Uhr am Stadtplatz, Steinlitzstraße. Bernau. Alle Genossinnen und Genossen, welche an dem Ausflug Dienstag-Ende teilnehmen, treffen sich um 9 Uhr am Schützenhaus.

Bereinskalender

Sonntag, 7. August

Schnitzberg-Triebwasser. Der Gelangenein Männerder Arbeiter-Vereinigung veranstaltet heute ein Konzert in den Geländewärdern der Berliner Postbauerei, Höttersee. Der Verein stellt seinen Gelangenen bei den Parteiveranstaltungen in den Dienst der Partei. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, durch guten Besuch die Veranstaltung zu unterstützen. Eintrittskarten zu 2 R. sind an der Tageskasse und beim Genossen König, Feurigstr. 69, zu haben.

Montag, 8. August

Christentums-Vereinigung. Kochen 3 Uhr im Lokal von Streiter, Mariendorf, Charlottenstr. 27. Sitzung der Wassermittelglieder der Allgemeinen Christentums-Vereinigung. Wahl der Vorstandsmittglieder des Allgemeinen Christentums-Vereins Mariendorf. Die Mitglieder der Unterkomitees sind verpflichtet, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Anstaltsleiter des Deutschen Arbeiter-Vereins. Abends 8 Uhr bei Schulz, im Kurpark (2. Alexanderplatz), Veranstaltung aller Anstaltsleiter. In der Veranstaltung sind auch die Mitglieder zu dem am Donnerstag, 11. August, im „Schweizer Garten“, im Friedrichshagen 2-32, stattfindenden Sommerfest zu haben.

Kommunistische Partei Deutschlands. Die 1. Kreis-Vollversammlung des Deutschen Arbeiter-Vereins. Abends 8 Uhr bei Schulz, im Kurpark (2. Alexanderplatz), Veranstaltung aller Anstaltsleiter. In der Veranstaltung sind auch die Mitglieder zu dem am Donnerstag, 11. August, im „Schweizer Garten“, im Friedrichshagen 2-32, stattfindenden Sommerfest zu haben.

Nasenröte, Sommersprossen

Fickel, Hautunreinheiten, Gesichtsrötungen, werden schnell und dauerhaft entfernt, unmerklich für die Umgebung, abgeschliffen durch echte VATER-PHILIPP-Schülker, danach kommt anständige Jüngling zum Vorschein, 4 1/2 M. V. Labo a. a. U. Dresden-Zoochstraße 147, in der Kleinfanten-Apothek, Leipziger Straße und Drogerie, Bastianstraße 2, Pohnitzstraße 3, Reinickendorfer Straße 118, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 2.

Spezial-Behandlung für Geschlechtskrankheiten

Kellermannstr. 191, Brunnenstraße 191, alle Hausärztliche Plaz. Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen. Spracher 10-12 u. 4-7 Sonntags 10-12. Um erweichung kostenlos

Wanzen weg, deren Brut

verlängert keine Kameradschaften! Erfolgreich vertrieben. Rindert, angum. Dankschreiben s. Ueberl. Beste Zeit zur Verurteilung. Gräßlich in allen Provinzen und Kantonen und bei sämtlichen Herrschaften. H. Werthmann, Postfach von Hermann H. Groedel, Berlin, Könnigsdamm Str. 49

Enthaarung!

Glatte Haut ohne schmerzhaftes Rasieren. Erfolgreich vertrieben. Rindert, angum. Dankschreiben s. Ueberl. Beste Zeit zur Verurteilung. Gräßlich in allen Provinzen und Kantonen und bei sämtlichen Herrschaften. H. Werthmann, Postfach von Hermann H. Groedel, Berlin, Könnigsdamm Str. 49

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlung „Freiheit“ Berlin E. / Breite Straße 84

Zum Sinnen

leicht Süßholz allerorts Dienle. Er ist völlig rein ohne Nebenbestandteile, bequem zu verwenden, billig und bekömmlich. Eine H. Packung M. - 75, entspricht der Süßholz von 1 Pfund Zucker. Größlich in Kolonialwarenen- und Drogenhandlungen.

Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit“

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat

ist joesben erschienen

Mag Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 10 Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin E 2 / Breite Straße 84